Denn auch die Sozialdemokratie will Pazifismus und Völkerbund; Dinge, für die die erste Internationale in ihrem Bericht schärfste Veurteilung findet.

Wenn Wilhelm Blos für Bakunin Diktatur und für Marx Demokratie zu setzen beliebt, mag er das in seinen Salonunterhaltungen tun. Dem Proletariat aber möge er mit seinen „zeitgemäß" gemachten Geschichten aus Riech-, Hör- und Sehweite bleiben. Dieser Bursche weiß ganz genau, daß Bakunin dem Gedanken der Diktatur des Proletariats einer der schärfsten Gegner war. Und er muß wissen, daß Karl Marx dem Gedanken einer Demokratie im Sinne der Sozialdemokratie mehrmals entschieden entgegengetreten ist! Wir verweisen bei dieser Gelegenheit auf einen demnächst erscheinenden Feuilleton-Artikel über den Staat.

Ein zweiter Historiker, der „zeitgemäß" sein will, ist Karl Kautsky. In seinem Buch „Die proletarische Revolution und ihr Programm" läßt er drucken:

„In seinem berühmten Artikel „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programms" sagt Marx:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats."

Diesen Satz können wir heute auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre für die Frage der Regierung dahin variieren, daß wir sagen:

Zwischen der Zeit des rein bürgerlichen und rein proletarisch regierten demokratischen Staates liegt eine Periode der Umwandlung des einen in den anderen. Dem entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Regierung in der Regel eine Form der Koalitionsregierung bilden wird."

Diese Staatstheorie der Sozialdemokratie hat neben Marx namentlich Friedrich Engels einer rücksichtslosen Kritik unterzogen. Wir müssen uns diesbezüglich mit dem erneuten Hinweis auf den bezeichneten Feuilleton-Artikel beschränken: leider!

Aus dem Marx-Brief an Engels haben wir ersehen, wie ängstlich er die Anwendung des Wortes „Nation" vermied. Er tat dies aus der Erwägung heraus, daß seine Anwendung zur Quelle verschiedenster Mißverständnisse wird. Daran tat er recht; das Wort „Nation" war ihm wider das Prinzip gerichtet.

Gerade in diesem Punkt aber hat die zweite Garnitur der „Marxisten", die sonst immer stolz darauf ist ihr heutiges Handeln mit Zitaten eines Marx vom vorigen Jahrhundert als „richtig" zu beweisen, gegen sein Prinzip gehandelt.

In einer Sache, die Prinzip war, haben sie aus politischer Rechnungsträgerei gegenüber den eingedrifften „National"-Geist Konzessionen gemacht. Nicht nur in der Zeit Brandlers des Ersten, auch heute noch!

Um so mehr ist es die geschichtliche Aufgabe des Proletariats, mit wuchtigen Schlägen das **internationale Kampfinstrument der klassenbefreienden Tat** zu schmieden; — jene scharfe Waffe, die allerdings sämtlichen sozialdemokratischen und parlamentskommunistischen Marx-Pfaffen den Todesstoß versetzt, welcher jedoch notwendig ist, um die revolutionären Prinzipien der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus endlich zum Triumph verhelfen zu können.

Zur Reichskonferenz
Bemerkungen zur Frage der Solidarität

Die im November stattfindende Reichskonferenz der Allgemeinen Arbeiter-Union wird sich auch mit dem Verhältnis der Organisation zur Solidarität beschäftigen. Daß dies durchaus nicht so unwichtig ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß in der Mitgliedschaft einzelner Bezirke Stimmen laut werden, die — sowohl aus ehrlichen Motiven heraus — eine Aenderung unsrer bisherigen Stellung anstreben. Dabei ist es nicht so von Bedeutung, ob nun abweichende Standpunkte einzelner Unterbezirke oder Ortsgruppen sich schon zu entsprechenden Anträgen des betreffenden Wirtschaftsbezirkes verdichten können. Das Bestehen einer Meinungsverschiedenheit allein schon erfordert im Interesse größtmöglichster Klarheit eine Behandlung der auftauchenden Streitpunkte. Wenn deshalb der folgende Versuch, die verschiedenen Seiten der Solidarität zu beleuchten, für viele Genossen auch nur Selbstverständlichkeiten bringen dürfte, so werden sie dies gewiß als etwas unvermeidliches im Streben nach Klarstellung betrachten.

Eine eingehende Behandlung der Solidaritätsfrage kann unseres Erachtens nicht mit der Aufrollung ihrer finanziellen Seite (das Verhältnis von „zwanzig zu eins") beginnen. Es ist vielmehr notwendig, zuerst die ideologische Seite zu beleuchten, da ja sie nur das Fundament unsrer Stellung zur Solidarität bilden kann, aus dem sich auch erst die technisch-finanzielle Regelung ergibt.

Programm und Taktik der Allgemeinen Arbeiter-Union beruhen auf der Erkenntnis, daß in der heutigen Phase des geschichtlichen Zusammenbruchs des Kapitalismus der direkte Kampf um die revolutionäre Umwälzung der alten Gesellschaft, um das proletarische Klassenziel des Kommunismus eine geübtestere Notwendigkeit ist. Daraus erwächst für uns — den einzelnen wie der Gesamtheit — die Pflicht, den Proletariern unermüdlich ihre revolutionären Aufgaben zum Bewußtsein zu bringen, sie auf die Kampfmittel und organisatorischen Formen ihres Befreiungskampfes hinzuweisen, kurz: alle verfügbaren Kräfte einsetzen zur Schaffung jenes Reifegrades der Arbeitermassen, wie er sich als unerläßliche Voraussetzung der klassenbefreienden Tat ergibt. Aber das Proletariat ist, — so sehr es auch seiner ökonomischen Stellung nach eine gesellschaftliche Einheit darstellt, — politisch kein einheitliches Gebilde, sondern zerfällt in verschiedene geistige Strömungen, die in politischen Richtungen ihren sichtbaren Ausdruck finden. Die Arbeiterschaft ist, besonders soweit sie organisiert ist, in politische Gruppen gespalten; ein großer Prozentsatz befindet sich in den reformistischen Sammelbecken der Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien (die sich wiederum graduell in „linke" und „rechte" scheiden), ein kleiner Teil ist bewußt revolutionär, während etliche Wenige als Mitglieder faschistischer Verbände sogar ein bewußt konterrevolutionärer Faktor sind; ganz zu schweigen von den mehr oder weniger kleinbürgerlich durchsetzten syndikalistisch-anarchistischen Gruppen. Diese politische Zerklüftung der Proletariermassen als das geistige Spiegelbild ihres revolutionären Reifegrades bedingt auch ihr praktisches Verhalten zu und in den ausbrechenden verschiedensten Kämpfen und Bewegungen. Die reformistisch organisierten und die mehr oder weniger im Banne dieser Ideologie stehenden unorganisierten Proletarier als ein gewichtiger Teil der Arbeiterschaft nehmen so in erster Linie zu den auftauchenden wirtschaftlichen und politischen Fragen eine Stellung ein, die meistens im Widerspruch steht zu ihren wirklichen Klassenaufgaben. Sie vergeuden trotz aller Erfahrungen heute noch sehr oft ihre Energien in hoffnungslosen Kämpfen um geschichtlich unmögliche Ziele (Lohn- und Arbeitszeit). Die in der AAU. (und KAP.) organisierten revolutionären Proletarier stehen so besonders in Zeiten revolutionären Stillstands oft vor der Frage, Stellung zu nehmen zu Bewegungen, die nicht in Richtung des proletarischen Klassenzieles laufen, die in ihrer Auswirkung sogar oft konterrevolutionär sind. Die Unionisten geraten dadurch auch heute noch in eine Lage, wo sie auf Grund ihrer Prinzipien im schärfsten offenen politischen Gegensatz zur übrigen Arbeiterschaft sich befinden.

In solcher Situation kommt nun angesichts unserer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber illusionären Streiks leicht der logische Gedanke auftreten, daß wir dann auch offen in der Tat Front machen müßten gegen eine derartige Bewegung, daß wir mit der Nichtbeteiligung an solchen Arbeitsniederlegungen nur eine folgerichtige Konsequenz üben würden. Warum lehnt jedoch die Union eine solche Stellungnahme gegenüber den reformistischen Bewegungen ab? Wir wissen einmal, daß die proletarische Klassenbefreiung nicht die alleinige Sache irgendeiner Organisation, sondern das Werk der gesamten Arbeiterschaft selbst ist (natürlich nicht im abstrakten Sinne einer Kampfbereitschaft auch des letzten Proletariers). Diese Erkenntnis stellt die klassenbewußten Arbeiter der AAU. heute mehr denn je vor die dringende Aufgabe, die reformistisch orientierten Proletariermassen — die es ja zur Mehrheit nur unbewußt sind — aus den Fesseln geschichtlich überlolter Denkweisen und Organisationsformen zu befreien und das zum proletarischen Siege notwendige revolutionäre Kräfteverhältnis zu schaffen. Dies bedingt für den fortgeschrittensten Teil der Arbeiterschaft ohne weiteres, daß er in den reformistisch-illusionären Bewegungen seiner übrigen Klassengenossen Solidarität zu üben hat, um von diesem Boden aus unter den streikenden Belegschaften im revolutionären Sinne überhaupt wirken zu können. So scharf auch der politische Gegensatz zwischen uns und den übrigen Proletariern sein mag, so rücksichtslos wir auch das Verhalten der Arbeitermassen als konterrevolutionär zu brandmarken gezwungen sind, — **in allen Fällen haben die Unionisten in Solidarität zu ihren Klassengenossen zu treten.** Angesichts des hochentwickelten Klassenbewußtseins der bürgerlich-kapitalistischen Klassen ist die Solidarität der Arbeiter untereinander vor allem ein wesentlicher Faktor, um ihr Kraft- und Machtbewußtsein zu stärken, um den proletarischen Gemeinschaftsgeist als einer Grundlage der kommunistischen Gesellschaftsordnung zu wecken und zu fördern. Die Solidarität ist deshalb ein Fundament des proletarischen Befreiungskampfes, dessen Erhaltung und Stärkung von der AAU. unermüdlich anzustreben ist. Mehr noch: **die proletarische Klassensolidarität ist eine der wichtigsten Plattformen, auf der eine revolutionäre Organisation den Kampf zu führen hat um die Eroberung der Herzen und Hirne der Arbeiterschaft für die proletarische Revolution!** Wer diese unbedingte Solidarität im Klassenkampf auf Grund seiner Einstellung ablehnt, der könnte allerdings für sich in Anspruch nehmen, daß er konsequent ist. Doch mit solcher Konsequenz würde er sich praktisch nur selbst den tötlichen Streich versetzen, indem er sich damit lediglich aller Wirkungsmöglichkeiten im Proletariat berauben würde. Und letzten Endes ist eine derartige Handlungsweise in ihrer Auswirkung als Streikbruch immer eine Stützung der Konterrevolution, des proletarischen Klassenfeindes.

Aus dieser prinzipiellen Anerkennung der proletarischen Klassensolidarität durch die Allgemeine Arbeiter-Union ergibt sich nun von selbst ihre taktische Seite: Die finanzielle Regelung der Organisation gegenüber den eigenen Mitgliedern. Wenn die Union in den proletarischen Bewegungen Wahrung der Klassensolidarität unter allen Umständen fordert, so hat sie ihrerseits auch die Pflicht, ihren Genossen in der praktischen Anwendung dieses Grundsatzes Beistand zu leisten. Sie hat bei Ausbruch einer Bewegung neben der selbstverständlichen Aufgabe der revolutionären Ausweitung des Kampfes auch durch Umlageverfahren die finanziellen Kräfte der Organisation anzuspannen, um den zur Ausübung der Solidarität verpflichteten Teil der Mitgliedschaft zu stärken. In welchem Maße diese Hilfe geleistet werden kann, hängt natürlich nicht nur vom guten Willen, sondern auch vom jeweiligen finanziellen Kräfteverhältnis der Gesamtheit ab. Grundgesetz bei der technischen Regelung der erforderlichen finanziellen Solidarität jedoch muß sein, daß je nach der Zahl der in Frage kommenden Genossen **immer eine bestimmte Mitgliedschaftseinheit** (Ortsgruppe, Wirtschaftsbezirk oder gesamtes Reich) zur Solidaritätsumlage herangezogen wird. Wird doch gerade dadurch zu einem großen Teil das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Mitgliedschaften geweckt, was auf der anderen Seite wiederum eine Vorbedingung ist für die Zusammenschweißung der einzelnen Organisationsglieder zu einer schlagkräftigen revolutionären Einheit.

Nun ist diese, im grossen und ganzen bisher geübte Regelung der finanziellen Unterstützung streikender Unionsgenossen in der Praxis zwiefach schon auf Widerstände gestoßen, die ihre Durchführung manchmal direkt unmöglich machten. Sei es, daß der Kreis der zu unterstützenden Mitglieder im krassesten Mißverhältnis zum arbeitenden zahlungsfähigen Teil stand; sei es, daß die Zeit neuer Inflation alle Berechnungen zunichte machte, sei es, daß die finanziellen Kräfte der Organisation für revolutionär wichtigere Aufgaben eingesetzt werden mußten, — die Union war jedenfalls in den letzten Jahren mancherlei in einer Lage, wo sie der finanziellen Verpflichtung gegenüber streikenden Mitgliedern nicht oder nur mangelhaft nachkommen konnte. Daß ein solcher Zustand bei vielen Unionisten eine Mißstimmung erzeugt hat, ist gewiß zu verstehen. Es wäre unseres Erachtens jedoch verkehrt, wegen solcher Erscheinungen nun etwa die finanzielle Solidarität an sich ablehnen zu wollen. Folgendes muß erstmal festgehalten werden: **Die finanzielle Unterstützung Streikender ist ein Teil der allgemeinen proletarischen Klassensolidarität,** an der man nicht hier oder dort nach Belieben ein Stück abhacken kann! Deshalb kann für die Anerkennung oder Ablehnung dieses Grundsatzes auch nicht ein, die organisatorische Stärke oder Schwäche ausschlaggebend sein, ohne daß damit irgendwelche vorgekommenen Fehler und Mängel verteidigt werden sollen. Es gilt vielmehr, das Wesen der finanziellen Solidarität einer revolutionären Organisation zu erkennen. Sie kann nicht wie in den reformistischen Gewerkschaften ein Selbstzweck, ein statuarisch genau festgelegtes Recht sein, sondern nur Mittel zum Zweck, das sich der Gesamtheit der revolutionären Notwendigkeiten unterzuordnen hat. **So sehr die Union auch zur Leistung von finanzieller Solidarität verpflichtet ist, so haben ihre Mitglieder doch keinen unbedingten Anspruch darauf, die Gewährung solcher Unterstützung ist nicht das automatische Produkt eines bestimmten Schemas, sondern unterliegt den jeweiligen Kampfbedingungen der Organisation!** Der Unionist muß begreifen, daß die Regelung aller Unterstützungsfragen erstmal abhängig ist vom jeweiligen Stärkeverhältnis der Organisation; und er muß sich ferner klar darüber sein, daß in Situationen, wo alle vorhandenen geistigen und materiellen Kräfte auf bestimmte revolutionäre Aufgaben konzentriert werden müssen, er keine finanzielle Solidarität zu erwarten hat.

Ein Wort noch zur Art und organisationstechnischen Regelung der Solidarität. Die zeitweise organisatorische Schwäche der Union verleitet manche Genossen dazu, die heutige Form der finanziellen Hilfe durch Umlageerhebung abzulehnen und dafür dem einzelnen Bezirk es zu überlassen, für in Frage kommenden Bezirksmitglieder durch Sachleistungen (Lebensmittel etc.) zu unterstützen. Was diese Form der Solidarität — die ja im Grunde genommen dasselbe ist wie die so verpönte Geldform — anbetrifft, so ist sie aus leicht erklärlichen Gründen weit unrationeller und belastender für den Einzelnen, was ihre praktische Durchführung im Gesamtrahmen der Organisation zumindest erschweren dürfte. Doch das Hauptmoment liegt in der Ablehnung der zentralen Regelung. Es muß doch beachtet werden: wenn die Gesamtheit aus dem durch irgendwelche Umstände an der Leistung von Solidarität gegenüber streikenden Genossen verhindert ist, so ist es der einzelne Unterbezirk oder Ort natürlich erst recht. Eine solche, nur auf einen kleinen Kreis beschränkte Regelung würde lediglich kräftelähmende föderalistische Tendenzen fördern, was in ihrer Auswirkung eine Untergrabung der Solidarität durch richtungslose Kirchturmspolitik zur Folge hätte. Auch die solidarischen Verpflichtungen der Union an ihre Mitglieder können wie alle anderen Fragen nur zentral, auf die Erfassung bestimmter Einheiten hinzielend, geregelt werden, wenn überhaupt Formen einen Inhalt bekommen sollen. Dies ist bedingt durch jenen Zentralismus, wie ihn die revolutionären Notwendigkeiten gebieterisch verlangen. Wie bei allem, so ist es auch in der Frage der Solidarität nur die größtmöglichste Klarheit über Wesen und Form, welche allein nur die Organisation vor einem Verlassen des realen Bodens der Revolution zu behüten vermag.

Wenn die obige Behandlung des Solidaritätsproblems auch noch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erheben will, so glauben wir doch immerhin, der Mitgliedschaft einige wertvolle Fingerzeige für die Diskussion gegeben zu haben.

Wirtschaft
Die Preise steigen
Wie der Preisabbau aussieht.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts mit der am Mittwoch, den 24. September endenden Woche um 0,9 Prozent gestiegen. Die Preissteigerung liegt ausschließlich in den Artikeln, die das Proletariat zum Lebensunterhalt unumgänglich nötig hat. Einen größeren Ruck machten die Großhandelspreise. Der Großhandelsindex der „Industrie- und Handels-Zeitung" hat in der Woche vom 20. bis 26. September eine Steigerung von 127,92 auf 130,95, also um 2,4 Prozent erfahren. Die Gruppe Getreide, Mehl, Kartoffeln, stieg um 1,9 Prozent und die Gruppe Fleisch, Fisch gleich um 4,7 Prozent, Textilien um 6,6 Prozent, Kohle, Eisen, Baustoffe um 0,2 Prozent. Die Auswirkung auf die Kleinhandelspreise wird sich für die nächste Woche umsomehr bemerkbar machen als ab 1. Oktober die Mieten infolge Mietsteigerung erhöht werden.

Die „Gesundungskrise"

Nach den Bekanntmachungen im „Reichsanzeiger" bis zum 10. September d. J. sind eröffnet worden:

im Monat	Konkurse	Geschäftsaufsichten	zusammen
Mai	353	692	1045
Juni	712	1018	1730
Juli	1148	568	1716
August	849	378	1227

Der weitaus größte Teil der Zusammenbrüche fällt an Inflationsschmarotzer, aber auch Firmen, die seit der Vorkriegszeit existierten, stellen einen nicht geringen Anteil, wie die folgende Uebersicht zeigt:

Mai/August 1924	Zahl überhaupt	Davon entfallen auf Betriebe des Handelsgewerbes	Von der Gesamtzahl war das Gründungsjahr festgestellt für	bis einschl. 1918	1919 bis 1924
Konkurse	3062	1748	2391	248	2143
Geschäftsaufsichten	2656	1422	2109	562	1547

Etwa 60 Prozent der Pleiten fallen auf das Handelsgewerbe, also auf Einzelfirmen, ohne die Finanzinstitute. Die übrigen 40 Prozent fallen auf die Industrie, in der die Gesellschaftsform überwiegt. Wie viel Proletarier dabei zum Hungertode verurteilt wurden und schon über den Kopf gingen steht nicht im Reichsanzeiger der Demokratie.

Mitteilungen

An die Bezirke im Reich.
Wir ersuchen die Bezirke zur Deckung der Unkosten des letzten Flugblattes beizutragen und eines entsprechenden Betrag sofort an den RAA. einzusenden.
Der Reichsarbeitsausschuß.

Richtbeitrag.
In Groß-Berlin beträgt der Beitrag für die 40. Woche (28. 9.—4. 10. 24) 0,60 Mk. Das Reich hat demnach abzurechnen: für die VRUK. 9 Pfg. für den RAA. 6 Pfg. pro Mitglied.

Wirtschaftsbezirk Rheinland-Westfalen.
Am **Sonntag, den 19. Oktober,** morgens 10 Uhr, findet in Barmen, Färberstraße bei Raber eine
öffentliche Versammlung
der AAU. und KAP. statt. Auf der Tagesordnung steht:
Los von Amsterdam-Moskau!
Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig. Die Mitglieder der Hand- und Kopfarbeiter-Union sowie der selbstständigen Verbände sind besonders eingeladen.
Ortsgruppe Barmen.

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 41 — 1924 — Erscheint wöchentlich — Preis 0,05 Goldmark

Revolutionärer Klassenkampf oder Jagd nach Illusionen?

Proletarier! Klassengenossen!

Als vor einem dreiviertel Jahr der rasende Wirbel der Markinflation durch die Geburt der Rentenmark gebannt wurde, ging ein hoffnungsfrohes Aufatmen durch Eure Reihen. Die wirklichen Zusammenhänge kapitalistischer Wirtschaftskrise nicht erkennend, glaubtet Ihr in Eurer Masse den wohlklingenden Versicherungen der Gewerkschaften und Sozialdemokraten, daß es nun auch für Euch wieder aufwärts gehe. Der eherne Tritt der kapitalistischen Entwicklung zerstampfte jedoch sehr bald alle an die Stabilisierung geknüpften Hoffnungen. Der Profitquelle der Markentwertung nunmehr beraubt, verkleinerte sich der Radius des auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig gewordenen deutschen Kapitals Stück für Stück. Die Auswirkungen davon waren Kurzarbeit, Lohnabbau, Arbeitsverlängerung, steigende Erwerbslosigkeit, sinkende Kaufkraft. Die auf den ohnehin zerrütteten Produktionsprozeß weiter hemmend einwirkende Kapitals- und Kreditnot tat ein übriges, um jenen Proletariern auch die letzten verbliebenen Illusionen zu rauben. „Das sei die „Gesundungs"krise, die eben noch ertragen werden müsse", schrie es den ausgebeuteten Massen von allen Seiten in die Ohren.

Und, Proletarier, Ihr ballet wohl in ohnmächtiger Wut darüber, daß man Euch „betrogen" hatte, die Fäuste in der Tasche. Ihr schrieet wohl über „Verrat" der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Instanzen, doch ihr saht nicht die Wurzel all dieser Dinge und gabt Euch nur neuen trügerischen Hoffnungen hin. Wie tüchtige Geschäftsleute machten sich Eure „bewährten" Organisationen abermals eifrig ans Werk, um die Vorzüge des **Sachverständigen-Gutachtens** für die Arbeiterschaft in allen Tonarten anzupreisen. Wer kennt nicht all die Lobgesänge? „Das ist der Beginn einer neuen Aera!" Das ist die Rettung vor dem weiteren Zusammenbruch", so und in unzähligen Variationen rauschte es im sozialdemokratisch- gewerkschaftlichen Blätterwald, klang es von allen Kanzeln der Erfüllungspolitiker herab.

Die verlangten Dawes-Gesetze sind nach lärmendem Komödienspiel angenommen worden, das Gutachten harrt der praktischen Durchführung. Noch ist dieselbe erst in ihren Anfängen, noch streiten sich die parlamentarischen Lakaien um den dazu am besten geeigneten geschäftsführenden Ausschuß der deutschen Demokratie, — und auch die auf der Dawas-Lösung aufgebauten Luftschlösser entschwinden bereits wieder gleich einer Fata Morgana im Nichts. Die gerissenen Manöver der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfer konnten wohl für einen Augenblick die Aufmerksamkeit der Proletarier von dem stetigen Fortschreiten der kapitalistischen Wirtschaftskrise ablenken, aber aufhalten konnten sie dasselbe nicht. Alle künstlichen Dämme einreißend, bricht der kapitalistische Zusammenbruch jetzt mit verstärkter Wucht über die Lohnsklaven herein. Neue Produktionsstillegungen, weiteres Herausschleudern überflüssiger Sklavenbataillone auf den Stempelmarkt, Lohnreduzierung und Verlängerung des Arbeitstages, Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel, alles in allem: gesteigerte Versklavung der proletarischen Massen, — **dies** ist das wahre Gesicht des von den Erfüllungspolitikern verkündeten Aufstieges! Dabei erklären maßgebende Vertreter der Bourgeoisie ganz offen und rücksichtslos, „daß die Durchführung des Dawes-Planes die allerschwersten Erschütterungen der Wirtschaft mit sich bringe, daß an eine Hebung des Lohnniveaus schon lange nicht zu denken sei und daß es im kommenden Winter zu Kämpfen kommen wird, die vielleicht die ganze Struktur der bestehenden Ordnung vernichten werden."

Arbeiter! Proletarier!

Ein Blick auf die vergangenen Wochen allein schon muß Euch sagen, daß Ihr heute bereits am Grabe aller bürgerlich-sozialdemokratischen Dawes-Illusionen steht, daß Ihr unter der Profitherrschaft nur noch eine unendliche Kette immer neuer Leiden und Knebelungen, ein immer weiteres Hinabstoßen in kapitalistische Barbarei zu erwarten habt. Und warum? Ihr müßt erkennen, daß der Kapitalismus in seinem **geschichtlichen Zusammenbruch** sich befindet, wo er nur von einer Krise zur andern taumelt, wo alle Wiederaufbauversuche ihre hemmenden Schranken finden an den eigenen Profitgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise, wo die unfähige bürgerliche Gesellschaft ihre wankende Ordnung nur noch stützen kann durch immer brutalere Unterdrückung ihrer proletarischen Todfeinde, wo das einzige Resultat dieses kapitalistischen Zersetzungsprozesses nur die zwangsläufige Zerstörung aller Lebensmöglichkeiten der Arbeiterklasse ist.

Aus diesem für die ausgebeutete Klasse lebensbedrohenden Zustande der bestehenden Profitwirtschaft entspringen aber zugleich die Aufgaben des heutigen proletarischen Klassenkampfes. In der jetzigen Periode einer dauernden Verschärfung der kapitalistischen Gegensätze, eines systematisch fortschreitenden Wirtschaftszerfalles national wie international, einer ebenso systematisch sich steigernden proletarischen Versklavung, — in einem solchen Stadium der kapitalistischen Gesellschaftsordnung **muß jeder Kampf** um Linderung der Härten, um „gerechte" Verteilung irgendwelcher „Wiederaufbau"lasten, um sozialpolitische Schutzmaßnahmen, um formale bürgerlich-demokratische Gleichberechtigung, um irgendwelche Reformierung des kapitalistischen Systems in ein Ringen um **geschichtlich unmögliche Ziele,** in eine Jagd nach Illusionen umschlagen. Nicht Verbesserung der Lohnsklaverei — sondern Sturz derselben, nicht Abschwächung der Klassengegensätze — sondern gewaltsame Aufhebung derselben, nicht Sozialreform — sondern soziale Revolution sind heute von der geschichtlichen Entwicklung als revolutionäre Notwendigkeit auf die Tagesordnung gestellt. Der direkte Machtkampf um die Zertrümmerung des bürgerlich-kapitalistischen Ausbeuterstaates, um die wirtschaftliche und politische Entwurzelung der Bourgeoisie, um den Sturz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, um die revolutionäre Klassendiktatur als Mittel zur Aufrichtung einer kommunistischen Gesellschaft, — **dies nur** können in der Phase des kapitalistischen Niedergangs die **Klassenziele** des proletarischen Befreiungskampfes sein. Für diese ihre Klasseninteressen alle geistigen und physischen Kräfte einzusetzen, ist heute die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterschaft, wenn sie ihren Klassenuntergang verhindern will.

Proletarier! Klassengenossen!

Ihr alle fühlt mehr oder weniger, daß Ihr mit Euren bisherigen Kämpfen um Lohn, Arbeitszeit usw. als Ziel in einem fehlerhaften, ja verhängnisvollen Kreislauf Euch bewegt. Da gilt es vor allem zu begreifen, daß weniger irgendwelcher Instanzenverrat, als vielmehr der illusionär-reformistische Charakter Eurer im Widerspruch zum proletarischen Klassenziel stehenden Bewegungen die Hauptursache Eurer dauernden Niederlagen ist. Er sowie die künstliche Spaltung der Arbeiterschaft in abgekapselte Berufsgruppen können auch nie einen Boden abgeben für die zum proletarischen Befreiungskampf unbedingt notwendige Klassensolidarität, die eben nur im Kampfe um ein gemeinsames geschichtlich realisierbares Ziel geboren wird.

Klassengenossen! Die revolutionäre Notwendigkeit einer organisierten Zusammenfassung der proletarischen Kräfte anerkennend, müßt Ihr begreifen, daß Ihr die kommenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit nicht zu Eurem Gunsten entscheiden könnt, wenn Ihr wie bisher mit gewerkschaftlichen Waffen kämpft. Diese Organisationen haben auf Grund ihrer Theorie „durch bürgerliche Demokratie und kapitalistischen Wiederaufbau zum Sozialismus" **kein** Interesse an der revolutionären Umwälzung der bestehenden Gesellschaft und stehen deshalb jenseits der Barrikaden, im Lager der Konterrevolution. Ihr, Proletarier, für die jedoch der gewaltsame Sturz des Kapitals Leben bedeutet, habt deshalb die Pflicht, diese gewerkschaftlich-konterrevolutionären Fesseln von Euch abzustreifen. Euch in den Kampfkaders der **Allgemeinen Arbeiter-Union** zu formieren, um als Klasse für Eure Klassenziele den revolutionären Klassenkampf zu führen.

„Hände weg von China!"
Eine neue Etappe des „nep"-bolschewistischen Nationalismus!

In aller Erinnerung sind gewiß noch die Monate des passiven Widerstandes an der Ruhr. Wo die deutsche Sektion der 3. Internationale mit „ehrlichen" Nationalisten sich verbrüderte zum Kampf gegen den „Erbfeind", wo Leo Schlageter von Karl Radek als Musterbeispiel verherrlicht wurde, wo diese „Kampfgemeinschaft" zwischen Graf Reventlow und Ruth Fischer ihren sichtbarsten Ausdruck fand in jenen bombastischen, im Zeichen von „Sowjet"stern, Hakenkreuz und Kruzifix stehenden Begräbnis derjenigen proletarischen Patrioten, die sich in Essen für Krupp und Stinnes den Schädel einschlagen ließen. Damals zeigte sich die KPD. zum erstenmal ganz offen und unverhüllt als ein im Dienste Rußlands stehendes Werkzeug bürgerlich-nationalistischer Interessen.

Heute, nach anderthalb Jahren, erlebt der Nationalismus der Moskauer Internationalen anläßlich der kriegerischen Wirren in China seine Auferstehung. Wenn dieses neuerliche Aufleben des bolschewistischen Nationalismus auf den ersten Blick auch nicht so von Bedeutung zu sein scheint, so ist seine Auswirkung auf den Klassenkampf des internationalen Proletariats doch genau so schädigend und konterrevolutionär wie die erste Etappe während des Ruhrkrieges. Eine kurze Betrachtung ist deshalb notwendig.

Der gegenwärtige Bürgerkrieg in China ist bekanntlich, wie wir in der vorigen Nummer des „Kampfruf" aufgezeigt haben, ein erbittertes Ringen verschiedener bürgerlich-kapitalistischer Interessengruppen untereinander um die kapitalistische Ausbeutung der Schätze und Bewohner des Riesenreiches. In diesem kriegerischen Zusammenprall in- und ausländischer Kapitalsgruppen spielen die Chihlipartei und Cheklangpartei die Hauptrolle. Erstere hält in ihrer Mehrheit zur Regierung Sun-Jat-Sen, sie verkörpert das einheimische Kapital und stützt sich vorwiegend auf national-bürgerliche Elemente. Die Cheklangpartei mit Chang Tso-Lin an der Spitze vertritt demgegenüber die Interessen des Finanz- und Handelskapitals, welches sich vom ausländischen Kapitalismus mehr Profite verspricht als vom unentwickelten einheimischen. Die chinesischen Proletarier spielen in diesem sogenannten Bürgerkrieg insofern eine „Rolle", als sie nur das Kanonenfutter der zahlreichen kriegführenden Gruppen sind. Sie sind trotz ihrer Masse dank der allgemeinen Rückständigkeit des Landes noch nicht entwickelt genug, um als selbständiges Element auch nur im bescheidensten Maße handelnd auftreten zu können und deshalb nur der Spielball in den Händen der national-bürgerlichen Schichten. Daß die heutigen kapitalistischen Weltmächte mit Argusaugen auf Wahrung der „Neutralität" sehen, ist selbstverständlich: haben sie doch alle ihre Fühler ausgestreckt, um aus dem chinesischen Hexenkessel einen Happen für ihren Profithunger herauszureißen.

In der Reihe der an den kriegerischen Wirren Chinas interessierten kapitalistischen Staaten ist auch Rußland vertreten. Die Moskauer Regierung hat bekanntlich die Führer der chinesischen Regierungs-(Chihli-)partei zu „Revolutionären" gestempelt; die Beweggründe dieser russischen Außenpolitik sollen weiter unten noch gestreift werden. Wie immer in den letzten Jahren spannt Rußland als der geistige Inspirator der Komintern und Profintern auch hier wieder die ausländischen Sektionen dieser Internationalen vor den Wagen seiner Staatspolitik. Nachdem die parlamentskommunistische Presse schon seit Wochen die chinesischen Vorgänge nach dieser Richtung (des bestimmten national-russischen Interesses) hin behandelt, veröffentlicht die „Rote Fahne" vom 3. Oktober einen Aufruf der Roten Gewerkschafts-

internationale, der den einzelnen Sektionen ganz konkrete Aufgaben für ihre Stellung zum chinesischen Bürgerkrieg zuweist. Zur besseren Orientierung sei dieses Dokument leninistischer „internationaler" Politik hier im Wortlaut wiedergegeben:

Hände weg von China!

Organisiert die Abwehr!

An die Anhänger der Roten Gewerkschaftsinternationale in England, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Frankreich, Deutschland und Italien.

Genossen! Die gegenwärtige Krise in China und die Rolle, die auswärtige Mächte dabei spielen, hat eine ungemein ernste Lage heraufbeschworen.

Der imperialistischen Intervention in China muß Halt geboten werden. Parole der revolutionären Arbeiter, der Anhänger der R. G. J., muß in jedem Lande sein:

Hände weg von China!

Mit einem einmütigen Widerstand, mit einem Massenprotest sollt ihr auf die Einmischung der Kapitalisten der kapitalistischen Länder in die inneren Angelegenheiten Chinas, auf ihre Unterstützung des Feldzuges der reaktionär-militaristischen Clique gegen die revolutionäre Volksregierung des Sun-Jat-Sen reagieren. Ihr sollt diese Protestkampagne in eine umfassende revolutionäre Bewegung verwandeln, die gegen die imperialistischen Regierungen gerichtet ist.

Alle revolutionären Gewerkschaftsorganisationen, die revolutionären Betriebsräte, alle Anhänger der R. G. J. sollen gemeinsam mit den revolutionären und politischen Organisationen der Arbeiterklasse an der **Schaffung von Gesellschaften** unter der Bezeichnung: „Hände weg von China" sich auf das regste beteiligen.

Die Frage der imperialistischen Intervention in China soll vor den Arbeitermassen beleuchtet werden. Die Gesellschaften „Hände weg von China" haben eine enge Verbindung mit den Arbeitern aufrecht zu erhalten und diese über ihre Tätigkeit zu informieren.

In nächster Zukunft wird ein periodisches Informationsbulletin über die Lage in China und über die Tätigkeit der Gesellschaft „Hände weg von China" erscheinen.

Wir hoffen, daß ihr ohne Verzug an die Organisierung dieser Gesellschaften in eurem Lande herantretet, es verstehen werdet, die Aufmerksamkeit breiter Arbeitermassen an sie zu fesseln, und es durchzusetzen, daß die Regierungen eurer Länder auf die Verfolgung ihrer imperialistischen Politik gegenüber China verzichten müssen.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Generalsekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale:

A. Losowsky.

Nach diesem Aufruf der R.G.J. soll also das Weltproletariat einschließlich des deutschen eine Bewegung organisieren zur Stützung der „revolutionären Volksregierung" des Sun-Jat-Sen, **d. h. zur Stützung der kapitalistischen national-bäuerlichen Schichten Chinas!** Daß diese revolutionäre Volksregierung" mit den Klasseninteressen der unterdrückten chinesischen Proletarier (und somit mit denen des Weltproletariats) **genau so wenig** gemein hat wie die „Sowjet"regierung mit denen der russischen Arbeiter und daß die chinesische „Volksregierung" nur der geschäftsführende Ausschuß einer gerade herrschenden kapitalistischen Klasse ebenso ist wie die Moskauer Regierung das ausführende Organ der russischen kapitalistischen Bauernklasse, — dies wissen allerdings auch die dritte und Rote Gewerkschaftsinternationale. Sie verschweigen dieses aber bewußt aus ganz bestimmten Gründen. Sie dürfen den Proletariermassen nicht offen sagen, daß in dem Streit der kapitalistischen Mächtegruppen um die Ausbeutung des chinesischen Proletariats **sie** — die **Ausgebeuteten!** — **Partei ergreifen sollen für die chinesische Ausbeutersippe des Sun-Jat-Sen,** denn kein aufgeklärter Proletarier würde bei solcher Tatsachendarstellung sich für die Parole „Hände weg von China" einsetzen. Jeder politisch denkende Arbeiter würde bei einer solchen klaren Aufzeigung dessen, um was es in China in Wirklichkeit geht, die Stellung der Moskauer Internationalen zu den chinesischen Vorgängen sofort als **russischen Nationalismus** reinsten Wassers erkennen.

Wenn nun die russische „Sowjet"regierung nebst ihren nationalen Werkzeugen kein Interesse daran hat, dem Weltproletariat Klarheit über das eigentliche Wesen des chinesischen Bürgerkrieges zu übermitteln, welches sind dann die Beweggründe ihrer Stellung zu China? Die Alarmrufe Rußlands vor einer Intervention der imperialistischen Mächte in China haben vor allem politische Ursachen. Es ist bekannt, daß die russische Außenpolitik schon seit Jahren danach hinstrebt, sich in den zahlreichen umliegenden Randstaaten machtpolitische Stützpunkte zu verschaffen. Dieser Grundzug der Moskauer Außenpolitik, durch Unterstützung der kleinen Nationalstaaten („ganz und halb unterdrückte Völker") in ihrem Verzweiflungskampf gegen imperialistische Durchdringung seitens der kapitalistischen Weltmächte einen Schutzwall für den geschwächten russischen Bauernstaat zu bilden, ist während der letzten Jahre immer sichtbarer zu einer Lebensnotwendigkeit des aufstrebenden „Nep"-Kapitalismus geworden. Es sei hier nur an das Bündnis mit der Türkei erinnert. Auf derselben Linie liegt auch die emsig betriebene „Lösung" des Nationalitätenproblems und jetzt wiederum die Haltung gegenüber China. Rußland, an chinesisches Gebiet grenzend, kann von seinem kapitalistischen Interesse aus einfach nicht tatenlos der Entwicklung in China zusehen. Es muß die lebensbedrohende Vormachtstellung eines Staates und noch mehr eine kapitalistische Aufteilung Chinas mit allen Miteln zu verhindern suchen. Ein bewaffnetes Eingreifen scheidet wegen der ökonomischen und militärischen Schwäche sowie in Rücksicht auf die Anhänger der Moskauer Internationalen so ziemlich aus. Als einziger Weg ihre Interessen zu verfolgen, bleibt der russischen Regierung nur die Unterstützung einer der kriegführenden chinesischen Gruppen übrig. Als solcher Bundesgenosse kommt natürlich nur die national-kleinbürgerliche Chihlipartei des Sun-Jat-Sen in Frage, da ihr Kampf gegen die imperialistische Aufsaugung Chinas mit der russischen Außenpolitik parallel läuft. Diese wohlwollende (nur scheinbare) Neutralität der „Sowjet"regierung gegenüber dem chinesischen Bürgerkrieg wird ferner noch wirtschaftlich bedingt durch ihr Interesse an der Ausbeutung eines kohle- und metallreichen Gebietes, welches, zum Teil noch zu China gehörend, durch imperialistische Invasionen bedenklich gefährdet werden würde. So ist die Stellung Rußlands zu China der Form nach wohl verschieden, ihrem inneren Wesen nach ist sie jedoch dieselbe kapitalistische Außenpolitik, wie sie die übrigen kapitalistischen Mächte treiben. Die Parole der Moskauer Internationale „Hände weg von China" ist deshalb in Wirklichkeit ein neuer Versuch, die Kräfte des Weltproletariats für die nationalen Interessen des russischen kapitalistischen Bauernstaates einzusetzen!

Die Arbeitermassen Deutschlands wie der gesamten Welt haben die große Gefahr zu erkennen, die mit der Auswirkung dieses „nep"-bolschewistischen Nationalismus ihrer Klassenbefreiung drohen. Gerade weil einerseits das unterdrückte Proletariat kein Interesse haben kann am Siege dieser oder jener chinesischen Ausbeuterklique und weil andrerseits die proletarische Klassenpolitik nur auf internationaler Grundlage beruhen kann, ist die neueste Parole der Moskauer „Internationalen" umso gefährlicher für den internationalen Klassenkampf. **In der heutigen Niedergangsphase des Kapitalismus kann es unter keinen Umständen die Aufgabe der Arbeiterklasse sein, lebensunfähige Nationalstaaten zu stützen.** Sie hat vielmehr, wenn sie stark genug ist, als **selbständige** Klasse mit **revolutionären** Losungen aufzutreten, um diesen Entwicklungsprozeß über sein kapitalistisches Ziel hinauszutreiben, **denn für den endgültigen Triumph der proletarischen Revolution ist die Zertrümmerung aller nationalen Gebilde eine Lebensnotwendigkeit!** Eine Koalition der Arbeiterschaft mit irgendwelchen nationalen bürgerlichen Schichten, die gegen die Entwicklungsgesetze ihrer eigenen Ordnung rebellieren, **ist deshalb heute gleichbedeutend mit Verrat der proletarischen Klasseninteressen, mit Stärkung des proletarischen Klassenfeindes.** Mögen die russischen Bauern als kapitalistische Privateigentümer darauf brennen, ihr Blut für ihre chinesischen Klassengenossen zu verspritzen, — das ausgebeutete Proletariat hat bei Strafe seines Unterganges keine Ursache, für die „revolutionäre Volksregierung" Sun-Jat-Sen auch nur einen Finger krumm zu machen. Der Ruhrkrieg muß der deutschen Arbeiterschaft Lehre genug sein, um zu erkennen, was es bedeutet, wenn sie nicht international im geschichtlich revolutionären Sinne kämpft, sondern sich für die nationalen Interessen einer bedrängten Bourgeoisie aufopfert.

In **diesem** Sinne die Aufmerksamkeit der Proletarier auf die geschichtliche Bedeutung des chinesischen Bürgerkrieges hinzulenken und ihnen die **konterrevolutionäre** Stellung der Moskauer „Internationalen" dazu unablässig vor Augen zu führen, werden Allgemeine Arbeiter-Union und KAP. alle verfügbaren Kräfte einsetzen. Mögen die Moskauer Soldknechte uns deswegen auch als „Antibolschewisten" durch alle Gassen hetzen, — in dem Bewußtsein, daß der Tag kommt, wo das Proletariat dem „nep"-bolschewistischen Nationalismus die unversöhnlichste Feindschaft erklärt, quittieren wir alles parlamentskommunistische Geschrei wie vor anderthalb Jahren mit einem überlegenen Lächeln.

Politische Rundschau

Bürgertum und Sozialdemokratie

Eine Mahnung an das Proletariat.

„Es hat wohl in aller Geschichte keine als radikal abgestempelte Partei gegeben, die von revolutionärem Tatendrang so weit entfernt gewesen ist, wie unsere Mehrheitssozialisten. Mit einer Schüchternheit ohnegleichen hat sie alle wesentlichen Machtpositionen der bürgerlichen Gesellschaft unberührt gelassen und vor jedem radikalen Zugriff scheu zurückgebebt. Ihre Planwirtschaftsgedanken lebten sich in platonischen Formeln und Beschlüssen aus; dagegen half sie die Demobilisierungsnöte überwinden, stellte sich durch Bezwingung von Spartakus schützend vor die Bourgeoisie und hat durch eine kleinbürgerliche Angst vor jeder großzügigen Reform in Währung und Wirtschaft zwar vieles versäumt, aber jedenfalls zugleich auch verhütet, daß aus dem Niederbruch ein Chaos nach östlichem Muster geworden ist. Wir „bürgerliche" Demokraten dürfen das nie vergessen."

(Geheimrat Professor Dr. S. Saenger im „Acht-Uhr-Abendblatt" vom 4. Oktober 1924.)

◆

Dieses Urteil eines Bourgeois über die Sozialdemokratie (und damit auch über die Gewerkschaften) trifft in der Tat den Nagel auf den Kopf. Die Praxis der letzten Jahre besonders zeigt klar und eindeutig, daß zwischen gewerkschaftlich - sozialdemokratischer und bürgerlich-demokratischer Politik **auch nicht der geringste grundsätzliche Unterschied** mehr besteht.

An den Proletariern liegt es nur, die **Ursachen** dieser Entwicklung zu erkennen. Diese sind nicht in „Verrat", „Korruption" usw. der reformistischen Führer zu suchen: solche Erscheinungen sind nur **Auswirkungen,** sind nur Blasen, die aus der Tiefe an die Oberfläche steigen. Die **Triebkräfte** der reformistischen Politik entspringen vielmehr aus der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen **Theorie: „durch bürgerliche Demokratie und Wiederaufbau der bestehenden (kapitalistischen) Wirtschaft zum**

Judentum und Antisemitismus

Das Judentum ist nicht unbedingt die Wurzel des Antisemitismus. Schon die Tatsache, daß der wüsteste Radauantisemitismus im zaristischen Rußland und im demokratischen Deutschland der Nachkriegszeit seine Höhe erreichen konnte, deuten dessen oekonomischen Ursprung an. Eine rückständige oder zerrüttete Oekonomie hat als Folgeerscheinung auch immer eine solche Massenideologie. Nicht umsonst wurde in der Vorkriegszeit der Satz geprägt: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle." Seine Blüte erlebte der Antisemitismus in Deutschland, während der wüstesten Inflationsperiode, als die Proletarier oft als Wochenlohn den Kaufpreis für ein Pfund Margarine heimtrugen.

Das Judentum ist nur passiv und indirekt eine der Ursachen des Antisemitismus. In Skandinavien, Frankreich, England und Amerika gab es in der Vorkriegszeit weder eine Judenfrage noch einen politischen Antisemitismus, obwohl die Juden dort ebenso stark vertreten waren, als in Deutschland. Selbst in Galizien und Ungarn, wo die Juden subjektiv direkt das wirtschaftliche Fundament bildeten, lebten Juden und Nichtjuden in schönster Harmonie. In Sachsen dagegen, wo es fast gar keine Juden gab, hatte der Antisemitismus stets eine Heimstätte. Bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903 wurde im Wahlkreise Bautzen — der tatsächlich „judenrein" ist — der einzige antisemitische Reichstagsabgeordnete (Gräfe) gewählt.

In der Hauptsache sind es drei Argumente, die schlaue antisemitische Geschäftsmacher zur Aufpeitschung niedriger Instinkte bei der urteilslosen Masse mit Erfolg anwenden:

1. Die Juden seien „Fremdstämmlinge", d. h. Ausländer, Nichtdeutsche.

2. Die Juden arbeiten nicht körperlich und produktiv; sie lebten nur vom Handel und sonstigen Unternehmen; deshalb seien sie die Ursache der wirtschaftlichen Misere der Proletarier.

3. Die Juden seien größtenteils die Besitzer der Produktionsmittel und der wirtschaftlichen Güter, daher einflußreich auf die politische Macht und deshalb die eigentlichen Regierer und Schuldigen an der Zerrüttung der Oekonomie und des Staates.

Diese Thesen gilt es zu erklären. Sie fallen in ein Nichts zusammen. Wir lassen die Geschichte sprechen.

Der römische Geschichtsschreiber Cornelius Tacitus, der die „deutsche" Geschichte schrieb, bevor die „Deutschen" schreiben konnten, ja bevor es „Deutsche" gab, beantwortet uns den ersten Satz in seinem Geschichtswerk: „De origine, situ, moribus ac populis Germanorum" (kurz: Germania genannt). Er schreibt, daß in den Gauen, in denen jetzt die an der antisemitischen Pest erkrankte Demokratische Republik Deutschland liegt, zu Beginn unserer Zeitrechnung Juden lebten. Die „Deutschen" aber kamen bekanntlich erst etwa 375 Jahre nach Beginn unserer Zeitrechnung, durch die Völkerwanderung aus — Indien; ein erkleckliches Stück weiter als 1000 Kilometer östlicher im „Auslande"!

Die zweite Behauptung hängt mit der ersten eng zusammen. Die Nachkommen Israels, oft unterdrückt, weil nur eine kleine Bevölkerungszahl, befreiten sich einige Jahrhunderte vor Beginn unserer Zeitrechnung und bildeten einen Priesterstaat, der nacheinander von den Persern, Macedoniern, Aegyptern u. a. unterdrückt wurde. Etwa 150 Jahre vor unserer Zeitrechnung, unter dem Stamme der Makkabäer, eines Landwirtschaft treibenden Volkes, das in älteren Geschichtswerken stets als Heldengeschlecht bezeichnet wird, befreiten sich die Juden von neuem. Etwa 100 Jahre lang bildeten sie eine abgeschlossene Nation als Königreich. Etwa 50 J. vor unserer Zeitrechnung wurden sie durch den römischen Staatsmann und Feldherrn Magnus Pompejus von neuem unterdrückt. (Wir schalten hier ein, daß alle angegebenen Daten — aber nur diese! — keinen Anspruch auf absolute Genauigkeit erheben, da wir aus dem Gedächtnis zitieren.) Etwas später wurden die Juden durch Herodes vollständig unterjocht. Unzählige heldenhafte Aufstände und Rebellionen mit dem Ziele der Befreiung der Nation wurden im Blute erstickt und Jerusalem wiederholt zerstört. (Jesus von Nazareth, der Stifter des Christentums, wurde als politischer Agitator ans Kreuz genagelt, weil die bornierte herrschende Kaste in ihm einen Befreier des Judentums und Organisator eines neuen Judenreiches vermutete.) Erst jetzt, als den Juden der Aufenthalt im eigenen Lande verboten und zur Unmöglichkeit gemacht wurde, begann ihre Auswanderung und Zerstreuung über die ganze Welt.

Bisher spielte bei der Bekämpfung der Juden Religion und Rasse keine Rolle. Nur die politische Unterdrückung der Nation, der Besitz des Landes, resp. seine Steuerkraft war die Triebfeder, die ökonomische Ursache. Erst einige Jahrzehnte nach Beginn unserer Zeitrechnung begann ihre Verfolgung aus religiösem Fanatismus. Im heidnischen Römerreich geduldet, wurden sie nach dem Siege des Christentums durch pfäffische Unduldsamkeit in ihren Bewegungen beschränkt. Ungefähr um das Jahr 400 wurden sie aus dem bycantinischen Reiche, der heutigen Türkei und Griechenland, (benannt nach der Hauptstandt Bycanz, das heutige Konstantinopel) zur Auswanderung nach Rußland gezwungen und von allen Aemtern ausgeschlossen. In den germanischen Reichen des beginnenden Mittelalters (um das Jahr 500) wuren sie ursprünglich milde behandelt, dann aber durch die Westgoten (ein Teil des heutigen Frankreich und Spanien) arg unterdrückt. Hier wurden sie durch den eindringenden Islam (etwa um 700) befreit und gediehen zu hoher wirtschaftlicher und kultureller Blüte. In Deutschland waren die Juden als sogenannte Kammerknechte Eigentum des Kaisers und durch diesen „geschützt"; aber nur, um aus ihnen hohe Profite herauszupressen. Zu Beginn der „Kreuzzüge" (um die Eroberung Palästinas, im 11. und 12. Jahrhundert), wurde ihre Lage direkt gefährlich. Eine Epidemie der schwarzen Pocken (Schwarzer Tod; im 14. Jahrhundert) war den „christlichen" Pfaffen eine willkommene Gelegenheit, ihnen die Schuld dafür anzudichten. Der fanatische und aufgehetzte Pöbel rechnete es als eine Gott gefällige Tat, die Juden tot zu schlagen und auszurotten. Hier war das zur Staatsreligion gewordene und seitdem bewußt verblödete Christentum unter seinen Staatspfaffen in seiner Rolle als Henker und Mordbrenner auf der Höhe. Hier eigentlich erst beginnt das „Judentum" als „Frage". Hier schuf die christliche Kirche mit ihren geschäftstüchtigen Pfaffen die Plattform des Antisemitismus. Sie impfte den Juden die Eigenheiten ein, die als typisch „jüdische" bezeichnet werden.

Die überlebenden Juden wurden in besonderen abgeschlossenen Stadtvierteln (Ghetti) untergebracht und zum Tragen besonderer, sie kenntlich machender Kleider gezwungen. Jegliches Bürgerrecht wurde ihnen versagt und der Erwerb von Grundeigentum (und Landarbeit!) verboten. Die einzigen Erwerbszweige, die ihnen gestattet wurden, waren Handel, Geldwechsel und Geldverleihen. Also „Geschäfte machen"! Durch unmenschliche Auspowerung durch Steuern, Abgaben, offene Erpressungen und Raub konnten sie nicht nur beim Handel bleiben, sondern wurden zum Schacher und Wucher gezwungen. Hauptsächlich im Geldverleihen, richtiger im Zinsennehmen, wurde den Juden von den christlichen Gewalthabern, von den Regenten resp. deren Vertretern, den christlichen Pfaffen, in jeder Weise der Weg geebnet. Sie wurden zu großen Gewinnmöglichkeiten und Gaunereien geradezu angespornt. Hatten die Juden nun ein Vermögen erhandelt, erwuchert, ergaunert, kamen ihre christlichen „Beschützer" und plünderten sie bis aufs Hemd aus, um sie wieder von neuem auf die Menschheit loszulassen. Ganz planmäßig wurden wohlhabenden und reichen Juden Verbrechen angedichtet und sie konnten sich nur mit ihrem ganzen Besitz von grausamen Strafen loskaufen, um diesen unter dem Schutze der Christen von deren „Mitbrüdern" von neuen zu ergaunern. Diesen christlichen „Schutz" denke man sich die Jahrhunderte hindurch und wir haben die Quelle, aus denen Bosheit und Dummheit noch heute schöpft. Die „jüdischen" Eigenschaften, die durch die traditionelle Vererbung tatsächlich solche wurden, sind den Juden unter dem eisernen Zwang von den Christen anerzogen.

Wie sieht es nun mit der dritten Behauptung aus? Der halbverrückte, größenwahnsinnige Wilhelm war kein Jude, sein Offizierkorps war vollständig judenrein. In Preußen konnte der Jude nicht einmal Reserveoffizier werden. Der Weg zur Beamtenlaufbahn war ihnen sehr erschwert. Ueber den Amtsrichter, resp. über den gleichen Rang kam kein Jude hinaus. Auch heute sind sie im Beamtentum noch nicht einmal ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechend vertreten. Aus der Lebensmittel produzierenden Schicht, aus der Landwirtschaft, sind sie fast vollständig ausgeschaltet. Unter den 28000 Großgrundbesitzern, die fast 80 Prozent des deutschen Grund und Bodens besitzen, dürfte es — erst seit der Nachkriegszeit — höchstens ein knappes Dutzend geben. In der Bauernschaft liegt die Sache ebenso. Die Bergwerks- und Schwerindustrie ist fast judenrein. Die Fürst Pleß, Grafen Henckel von Donnersmarck, Schaffgotsch, Thiele-Winkler und ein halbes Dutzend andere hochadlige „Arier", die sich vollständig in die oberschlesische Montan- und Schwerindustrie teilen, sind keine Juden. Die westdeutsche Montan- und Schwerindustrie gehört den „Christen" Stinnes, Klöckner, Thyssen, Stumm, Krupp und einigen anderen „Reinblütigen". In der weiterverarbeitenden Industrie sind die Juden nur sehr spärlich vertreten. Die Siemens, Borsig, Pintsch, Schwarzkopff, Schering etc. sind ebenso gute Christen als Ausbeuter. Der chemische Konzern, Höchst a. M., Leverkusen, Ludwigshafen u. a. ist judenrein. Die sehr große Schicht der Krämer ist nur sehr wenig von Juden durchsetzt. Nur im Bank- und Handelskapital sind sie etwas stärker vertreten, als ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht, aber keinswegs ausschlaggebend. Selbst nicht in Berlin, das zahlenmäßig (immerhin noch nicht 5 Prozent der Bevölkerung), die meisten Juden aufweist. Schließlich würden diese Bank- und Warenhausjuden mit einem Schlage vernichtet sein, würden sie nicht die „Christen" und nicht zuletzt die Antisemiten, zu ihrer Kundschaft zählen. Denn ganz Deutschland zählt höchstens 600 000 Juden, deren größte Zahl im Handel wurzelt.

In einem weiteren Artikel in der nächsten Nummer des „Kampfruf" soll die Laufbahn des proletarischen Antisemitismus ebenso geschichtlich aufgerollt werden.

(Schluß folgt.)

Sozialismus." Arbeiterorganisationen, die in Wesen und Form in einer solchen **klassenfeindlichen kleinbürgerlichen** Ideologie verwurzelt sind, **müssen** eben auf Grund dieser rein bürgerlichen Denkweise **zu Hemmnissen des proletarischen Befreiungskampfes** und **zu Stützen des Kapitalismus werden.** Diese **zwangsläufige Entwicklung** der gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Organisation **zu Stützpunkten der Konterrevolution** ist auch **nicht aufzuhalten** durch alle noch so gutgemeinten Verjüngungs- und Revolutionierungsversuche. Angesichts **dieser** Tatsache ist es vielmehr eine **geschichtliche Notwendigkeit** für die Proletarier, **diese reformistischen Bollwerke des Kapitalismus** organisatorisch und ideologisch **zu zertrümmern** und sich **als Klasse in revolutionären Kampforganisationen** zu formieren, um das Werk der proletarischen Klassenbefreiung vollbringen zu können.

Vom „Klassenkampf" der Parlamentarier

Was der parlamentarische Kampf um Befreiung der politischen Gefangenen in Wirklichkeit ist.

In der Hamburger Bürgerschaftsversammlung standen am Mittwoch, den 1. Oktober Amnestie-Anträge der SPD.- und KPD.-Fraktion zur Beratung. Es wurde hier wirklich um die Befreiung der eingekerkerten Proletarier „gekämpft", denn die Verhandlung endete mit einer allgemeinen Keilerei zwischen den feindlichen sozialdemokratischen Brüdern. Um die Bedeutung dieses „Klassenkampfes" richtig zu würdigen, seien deshalb zwei Berichte hier wiedergegeben. Die „Rote Fahne" teilt folgendes darüber mit:

„In der Hamburger Bürgerschaft kamen am 1. Oktober die von den Kommunisten gestellten Anträge auf Amnestierung der proletarischen politischen Gefangenen zur Behandlung. Die Tribünen waren überfüllt. Die erschienen Arbeiter warfen Zettel in den Sitzungssaal mit der Aufschrift: „Heraus mit unseren gefangenen Brüdern! Amnestie für die proletarischen politischen Gefangenen!"

Die sozialdemokratische Fraktion brachte gegen die kommunistischen Anträge Gegenanträge ein, die darauf hinausliefen, die Amnestie für die meisten proletarischen politischen Gefangenen zu verweigern und die sich in der Hauptsache darauf beschränkten, auf die Amnestie von Fehrenbach usw. hinzuzielen. Darüber herrschte ungeheure Empörung bei den erschienenen Arbeitern, die sich steigerte, als der berüchtigte Sozialdemokrat Ehrenteit in einer wüsten Hetzrede die proletarischen politischen Gefangenen beschimpfte und beschmutzte. Aus Wut über verschiedene treffende Zwischenrufe ließ der Präsident durch Polizei die Tribüne räumen, während im Sitzungssaal sich die große sozialdemokratische Fraktion auf die paar Kommunisten warf und in gewaltiger Ueberzahl feige darauf los prügelten.

Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurden dann die kommunistischen Anträge abgelehnt und die sozialdemokratischen angenommen."

Der „Kampf"bericht des „Vorwärts" sieht demgegenüber folgendermaßen aus:

„In der Hamburger Bürgerschaft stand am Mittwoch abend ein sozialdemokratischer Antrag auf Amnestie der Opfer politischer und wirtschaftlicher Wirren zur Beratung. Nachdem bereits mehrere Redner gesprochen hatten, und der Präsident verschiedene Male Beifallskundgebungen der Tribüne während der Rede eines Kommunisten gerügt hatte, wurden während der Ausführungen des sozialdemokratischen Sprechers von Kommunisten auf den Zuhörertribünen ganze Ballen Flugblätter mit Aufschriften wie „Heraus mit den politischen Gefangenen" usw. herabgeworfen. Darüber kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen unter den Bürgerschaftsmitgliedern. Unterdessen wurde die Tribüne von Zuschauern geräumt und die Sitzung unterbrochen. Während der Unterbrechung kam es infolge eines gemeinen Zurufes eines Kommunisten gegen einen sozialdemokratischen Senator zu Handgreiflichkeiten, die jedoch durch das Dazwischentreten anderer Abgeordneter rasch beendet wurden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung dauerten die Auseinandersetzungen an und es bedurfte zahlreicher Ordnungsrufe, bis die Ruhe wieder hergestellt war."

◆

Das ist echt parlamentarischer „Klassenkampf". Der eine heißt den andern einen „Lumpen" und „Verräter", bis sie sich gegenseitig an die Kehle springen. Nachher folgt dann die widerliche Komödie, wo jede Fakultät ihre „Unschuld" an der entstandenen Prügelei zu beweisen versucht. Dabei stecken sie alle bis über die Ohren im stinkenden Sumpf des bürgerlichen Parlamentarismus und brauchen solchen Theaterdonner, um die genarrten Wählermassen auf nebensächliche Dinge hinzulenken. Denn wenn die Arbeiter erstmal die ganze Hohlheit dieses bürgerlichen Massenbetrugs erkennen, ist es mit der Konjunktur aller parlamentarischen Schreihälse vorbei.

Wir werden aber nicht müde werden, denjenigen Proletariern, die heute noch solchen parlamentarischen Froschmäusekrieg unterstützen, zum Bewußtsein zu bringen, daß der revolutionäre Klassenkampf nichts zu tun hat mit parlamentarischem Schacher und daß auch die Befreiung der politischen Gefangenen nur durch die klassenbefreiende Tat der Arbeiterschaft erreicht wird.

Deutsche Erwerbslose als Kanonenfutter des spanischen Kapitals

Der „Roten Fahne" vom 4. Oktober entnehmen wir folgende bezeichnende Meldung:

„Die „Hamburger Volkszeitung" (Organ der KPD.) teilt auf Grund von Original-Briefen die schändliche **Hinmordung** unschuldiger **deutscher Erwerbsloser in Marokko** durch spanische Militärbestien mit. Die Erwerbslosen wurden ohne jegliches Verfahren an Pferde gebunden und **zu Tode geschleift.** Andere, die angeblich gemeutert haben sollten, wurden schwer gefesselt auf Autos gepackt und fortgeschleppt — niemand weiß ihr Schicksal! **Das deutsche Auswärtige Amt bestätigt** heute in einem bürgerlichen Hamburger Blatt dem Korrespondenten **die Richtigkeit der Darstellungen** unseres Hamburger Parteiorgans. Das Auswärtige Amt gibt zu, daß drei deutsche Fremdenlegionäre wegen Meuterei erschossen worden sind und daß noch einige andere wegen Ungehorsams ihrer Bestrafung entgegensehen. **Es handelt sich im ganzen um 27 deutsche Legionäre,** von denen bereits 10 oder 12 ihrer Strafe verfallen sein . . ."

◆

Die Fremdenlegion, — das ist also der letzte Zufluchtsort verzweifelnder Proletarier, die hier nicht elendig verrecken wollen! Fürwahr, eine ausgezeichnete Charakterisierung dieser von allen Sozialdemokraten so verherrlichten „freiesten" deutschen Demokratie! Vom zusammenbrechenden Kapitalismus als überflüssiger Ballast auf den Stempelmarkt geworfen, flüchten sich deutsche Proletarier — von Not und Verzweiflung überwältigt — in die Hände der unter den Augen deutscher Behörden ihr Handwerk betreibenden spanischen Werber, um sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen als Kanonenfutter für die spanischen Profitbestien verschachern zu lassen. Was kümmert es der deutschen Demokratie, wenn einige dieser armen Teufel beim geringsten Widerstand gegen die spanische Militärdiktatur zu Tode geschleift werden? Es sind ja 20 Millionen Proletarier „zuviel" da!

Zum Kapitel: Einheitsfront

„**Bochum,** 3. Oktober. Auf Beschluß der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei des Ruhrgebiets sind **acht Gemeindevertreter der KPD.** in Weitmar **aus der Partei ausgeschlossen** worden, weil sie entgegen dem Befehl der Bezirksleitung der KPD. **für die Wahl des sozialdemokratischen Amtmanns gestimmt hatten.** Die Fraktion der Kommunisten besteht jetzt noch aus einem einzigen Aufrechten. Das Ausschlußurteil wird in der kommunistischen Presse mit einem langen Kommentar versehen, in dem es heißt, daß das Verhalten der Ausgeschlossenen eine katastrophale Verkennung des klassenfeindlichen Charakters der SPD. sei. Die Wahl des sozialdemokratischen Amtmanns sei ein Eintreten für die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Sachverständigengutachten und zu allen anderen Fragen. **Bemerkenswert ist, daß die Haltung der Ausgeschlossenen von der überwiegenden Mehrheit der kommunistischen Mitglieder in Weitmar gebilligt wird.** Durch den Ausschluß der Gemeinderatsmitglieder ist eine **Spaltung der Kommunistischen Partei in Weitmar** bewirkt worden."

◆

Unserer Meinung nach ist der Ausschluß der acht Gemeindeparlamentarier zu **Unrecht** erfolgt, denn die „Kommunisten" von Weitmar haben die **eigentliche** Bedeutung der Parole Einheitsfront durchaus **richtig** erfaßt. Mit dem Eintreten für die Sozialdemokratie beschreiten sie nur konsequent den Weg des Reformismus weiter, den sie ja in der Frage der Gewerkschaften zu gehen gezwungen sind. Dieser Fall zeigt deutlich, daß der Prozeß der reformistischen Versumpfung der KPD. nicht aufzuhalten ist dadurch, daß eine Parole nur für die Gewerkschaftsbewegung Geltung haben soll. Die Dinge haben eben auch da ihre Konsequenzen, wo sie die Moskauer

An die revolutionären Arbeiter Deutschlands!

Genossen! Genossinnen!

Wir unterbreiten Euch nachstehenden Aufruf. Derselbe ist veröffentlicht in „Die neue Aera", parteilose Wochenschrift für die werktätige Klasse. Kampforgan gegen Moskau, Amsterdam und die Bourgeoisie. Unsere Antwort wird bedingt dadurch, daß die Partei und Union aufgefordert wird, zu dem Aufruf Stellung zu nehmen. Wir lassen denselben nunmehr im Wortlaut folgen.

An die revolutionären Arbeiter Deutschlands.

Arbeitsbrüder! Genossen!

Der Ring der kapitalistischen Staaten ist geschlossen. Die Ausbeuter aller Länder haben sich die Bruderhand über den ganzen Erdball gereicht. Die Reaktion marschiert auf der ganzen Linie gegen die proletarische Klasse vor. Sie will ihr das letzte nehmen, um erneut ihre Macht zu behaupten. Die Niederwerfung der produktiven Massen darf nicht gelingen. Wir haben als bewußte Revolutionäre die Pflicht, unsere Klassengenossen zur Wachsamkeit aufzurufen. Die schändlichen Pläne der internationalen Räubergesellschaft müssen durch den Generalstreik der Schaffenden zunichte gemacht werden. Diesen Generalstreik vorzubereiten, damit er sich auswirkt zur sozialen Revolution, ist Aufgabe aller revolutionären Unionen und Verbände. Eine intensive Aufklärungskampagne muß unter dem Proletariat einsetzen. Die Zentralverbände und Parteien müssen als Schutzwall der Ausbeuterklasse vernichtet werden. Der verderbliche Einfluß berufsmäßiger Politikanten muß endgültig gebrochen werden. Dies kann und wird nur geschehen durch aktive Zusammenarbeit aller Revolutionäre. Die Zeit der organisatorischen Streitigkeiten ist vorbei, die hochschwangere politische Situation erfordert Kampfeinheit, muß ganze Männer, muß klare Köpfe und eiserne Fäuste finden. Alle parlamentarischen und gesetzlichen Aktionen der am Parlamentarismus interessierten Parteien müssen von dem zu bildenden revolutionären Linksblock sabotiert werden. Das ist die Offensive der linken Arbeiterschaft Deutschlands.

Die revolutionären Kameraden Deutschlands müssen durch den Angriff ihrerseits die russischen, französischen, englischen und amerikanischen Revolutionäre unterstützen. Deutschland war der Ausgangspunkt des Weltkrieges, Deutschland muß und wird das Herz der Weltrevolution sein. Es kann jetzt kein Zögern, kein Ueberlegen, es darf keine trennenden Momente mehr geben: es darf nur eins geben:

Unermüdlich rüsten zum entscheidenden Kampfe zwischen Arbeit und Kapital!

Deshalb treten wir als einzelne Klassenkämpfer an Euch, Kameraden, heran. Wir fragen die revolutionären Genossen in allen Organisationen, insbesondere die der hier angeführten Gruppen:

1. Die Arbeiter-Opposition der Kommunistischen Partei Deutschlands,
2. Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union,
3. Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikal.).
4. Allgemeine Arbeiter-Union (Einheits-Organisation).
5. Föderation der Kommunistischen Anarchisten Deutschlands.
6. Kommunistischer Rätebund.
7. Bund der Kommunisten.
8. Alle organisationslosen Anarchisten sowie alle parteiverneinenden, revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen, kurz, alle die ihrer historischen Aufgabe bewußt und daher kampfwillig sind.
9. IWW. (Deutsche Verwaltung).

Seid Ihr bereit, ungeachtet aller Organisatiosprinzipien, eine Plattform, eine Kampfgemeinschaft herzustellen? Ihr werdet es wollen, denn unsere gemeinsame Sache erfordert die Einigkeit des revolutionären Proletariats vor allen Dingen.

Kameraden! Besprecht diesen ernsten Vorschlag unter Euch in allen Betrieben, in allen Arbeitsmärkten, in Euren Versammlungen. Schreibt Eure Meinung kurz und deutlich nieder und übermittelt sie Eurer Presse oder der Schriftleitung dieses Kampforgans. Sind die Voraussetzungen für diesen revolutionären Block freiheitlicher Kampfgemeinschaft geschaffen, ist der Wille aller ehrlichen Revolutionäre da, dann wird es durch eine Versammlung aller beteiligten Organisationen ein leichtes sein, diesen unseren Willen in die Tat umzusetzen. Genossen! Beherzigt dabei, daß die soziale Revoluiton nicht Sache einer Organisation ist. Vergeßt nicht, daß das Werk der Befreiung, das Werk der gesamten schaffenden Klasse sein muß. Ihr wollen wir durch die Tat unserer Kampfgemeinschaft wegweisend vorangehen.

Kameraden! Revolutionäre! Heraus aus der Passivität! Das Wetterzeichen des politischen Barometers steht auf Sturm! Er muß durch seine Kraft vernichtend wirken für die Klasse der Bourgeoisie!

Männer der Freiheit, Revolutionäre, vereinigt Euch!

◆

Wir haben darauf folgendes zu antworten:

Die kapitalistische Offensive ist international. Politisch wie wirtschaftlich. Sie ist brutal und rücksichtslos. Das ist für einen Revolutionär ganz selbstverständlich. Keine herrschende Klasse gibt ihre politische Macht freiwillig ab. Weder in der Geschichte noch heute.

Hat das Proletariat diesen Kampf begriffen? Nein! Nur eine Minorität. Die große Masse geht heute stumpf daran vorbei. Ist feige und mutlos. Das wollt Ihr ändern durch eine Kampfgemeinschaft. Untersuchen wir diese Möglichkeiten.

„Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf". (Marx.)

Wir als Kommunistische Arbeiter-Partei und Allgemeine Arbeiter-Union stehen auf dem Standpunkte der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Das ist die Diktatur des Proletariats als Klasse. Ausgeübt durch die revolutionären Räte. Eine Klassendiktatur — nicht Parteidiktatur.

Nun ganz nüchtern folgende Frage: Die Organisationen, an die der Ruf ergeht, lassen sie sich auf dieser Plattform vereinigen? Sehen wir uns das Wirken einiger Organisationen in der Geschichte und Gegenwart an und wir werden die Frage verneinen müssen. Ihr werdet sagen, wir wollen erst einmal die Voraussetzungen schaffen, den Generalstreik vorzubereiten. Wir sagen, **ein Kampf muß Klarheit haben über Weg und Ziel.**

Generalstreik eine gute Idee, sieht man heute die kleinen Kämpfe um nichtige Dinge.

Generalstreik! Dazu bedarf es einer anderen Ideologie zu kämpfen, als sie jetzt noch in den Köpfen des Proletariats steckt und in einem Teil der angeführten Organisationen.

Und Euer Wille scheint uns darum Utopie.

Nicht die Einheit um jeden Preis macht es. Denkt an die Oktober- und November-Revolution.

Die Plattform: USPD.-SPD. Die Plattform: Bolschewiki und linke Sozialrevolutionäre. Wären nicht grundverschiedene Auffassungen in wichtigen Dingen, gäbe es dann die Zahl der aufgeführten Organisationen?

Verpfuschte Revolutionen hat es genug gegeben. Daraus lernen, heißt sich über den Kampf durchaus klar sein. Und eine Klarheit ist es sicher nicht, aus Verärgerung über die bürgerliche Politik sogenannter Arbeiterparteien den politischen Kampf auf proletarischer Basis abzulehnen. Zur proletarischen Revolution gehören klare Köpfe. Zu einer Kampfgemeinschaft einheitliche Ideologien. Was bedeuten einzelne Persönlichkeiten im proletarischen Klassenkampf oder einzelne Klassenkämpfer? **Die Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats ist das Gebot der Stunde!**

Die Frage der Revolution ist neben dem Prinzip auch eine Frage der Organisation. Diese Erkenntnis können wir nicht preisgeben.

Will das Proletariat siegen, muß es ganze Arbeit leisten. Der Kampf geht heute nicht mehr um ein Stück Brot, — das kann die kapitalistische Klasse dem gesamten Proletariat nicht mehr geben — sondern um eine neue Welt, die Welt des Kommunismus.

Die KAP. und AAU. wird in allen Kämpfen sein, die der proletarischen Revolution dienen.

Liebknechts Worte: „Erst Klarheit, dann Mehrheit" gelten heute mehr denn je. Deswegen dürfen wir nicht auf eine Kritik der Waffen verzichten.

Wir haben die Auffassung, daß nur die Lehren der Revolution, wie sie programmatisch und organisatorisch ihren Niederschlag gefunden haben in der Kommunistischen Arbeiter-Partei und Allgemeinen Arbeiter-Union, zum Siege der proletarischen Revolution führen.

Wenn wir uns trotzdem bereit erklären, unseren grundsätzlichen Standpunkt zu den Fragen der proletarischen Revolution in einer Versammlung aller aufgeführten Organisationen klarzulegen, so um deswillen, weil wir wissen, daß eine Aussprache dazu beitragen kann, andere Proletarier von unseren Erkenntnissen über Weg und Ziel des Kampfes zu überzeugen.

Allgemeine Arbeiter-Union.
Reichs-Arbeitsausschuß.

Mittwoch, 15. Oktober: Funktionär-Sitzung, Bockers Festsäle, Weberstr. 17

Parolenschmiede nicht haben. Und übrigens: wenn der englischen Sektion ihre Kriecherei vor der Macdonald-Partei gestattet ist, kann den Genossen in Weitmar dieselbe „grundsätzliche" Politik wohl nicht verwehrt werden. Es sei denn, die zahlenmäßige Schwäche der englischen KP. gäbe derselben das Recht zu einer Sonderstellung, wovon allerdings in den 21 Thesen der Komintern nichts drin steht.

Wirtschaft

Der Index im September

Steigerung der Lebenshaltungskosten um 12 Prozent.

Mitte September hat die Regierung im Verein mit den Vertretern der Unternehmer eine Reihe Maßnahmen getroffen, um von neuem einen Preisabbau in die Wege zu leiten. Trotz Ermäßigung der Preise für Frachten und Kohlen um 10 Prozent und diversen Erleichterungen für das Kapital auf Kosten des Proletariats, stiegen die Preise bis Ende des Monats weiter. Nach der Statistik der Stinnes'schen „Industrie- und Handelszeitung" ist im September folgende Bewegung der Großhandelspreise zu verzeichnen:

Meßziffer einzelner Warengruppen (Ende 1913=100)	August 1924	September 1924	i. v. H. gegen Aug.
1. Kohle, Eisen, Metalle, Baustff., Oele	132.08	133,54	+ 1,1
2. Textilien		245,45	+ 1,8
3. Häute, Felle, Leder, Gummi	241.03	103,19	+ 8.5
4. Getreide, Mehl, Kartoff.	95,14	96,50	+ 16.2
5. Fleisch, Fisch, Fette, Milch, Zucker	83,08	108,95	+ 7.8
Gesamtindex	100.46	129.05	+ 4,7

Die herausgerechnete Summe von 4,7 Prozent ist irreführend. Für groß. Proletarierschichten kommen nur die Preise der Gruppen 4 und 5 in Frage. Diese müssen addiert und die Summe durch 2 geteilt werden. Das ergibt für die proletarische Lebenshaltung eine Preissteigerung von 12 Prozent.

Beim Lebenshaltungskosten-Index errechnet das Stinnesorgan gar nur eine Preissteigerung von 1,4 Prozent (für Ernährungskosten allein 4,6 Prozent) heraus. Das Blatt setzt die Preissenkungen in anderen Gruppen in Anrechnung, um zu diesem Resultat zu gelangen. Wie willkürlich das geschieht, soll nur an der Gruppe „Kulturelle Bedürfnisse" gezeigt werden. Bei dieser Gruppe wird eine Preissenkung von 8,2 Prozent errechnet, die von der Steigerung der Lebenshaltungskosten in Abzug gebracht wird. Daß das Proletariat durch die Senkung der Preise für „Kulturelle Bedürfnisse" keine Erleichterung seiner Lebenshaltungskosten hat, brauchen wir wohl nicht erst zu beweisen. Große Schichten Proletarier, auch wenn sie noch im Betriebe stehen, brauchen ihr Einkommen für die nackte Lebensfristung. Der September hat der deutschen Arbeiterklasse einen indirekten Lohnabbau um 12 Prozent gebracht. Der arg belastete und noch ärger verlotderte deutsche Produktionsapparat mag wohl ominell die Ziffern für die Waren kleiner gestalten, für die Proletarier — am Lohne gemessen — wird der Brotkorb höher gehängt werden. Die Ernte im allgemeinen ist sehr mittelmäßig ausgefallen, insbesondere ist die Produktion in Brotgetreide gegen das Vorjahr bedeutend gesunken. Schlesische Berichte klagen über sehr schlechte Erträge, ebenso Ostpreußen und Westpreußen. Westdeutschland und Mitteldeutschland geben den Ertrag der Brotgetreideernte auf nur 50 Prozent der vorjährigen an. In ganz Deutschland dürfte der Brotgetreideertrag mindestens 25 Prozent unter dem des Vorjahres stehen. Die Getreidepreise steigen von Woche zu Woche und treiben die Preise der Ueberschußländer, hauptsächlich die amerikanischen, in die Höhe.

Die Lebenshaltungskosten.

Für die Woche vom 27. September bis 3. Oktober stiegen sie nach dem „Index" der „Industrie- und Handelszeitung" wieder um 1,3 Prozent. Die Ernährungskosten allein stiegen um 2,2 Prozent, die Miete um 3,2 Prozent. Nach dem oben geschilderten Modus wurden die Preissenkungen anderer Gruppen — „Heizung und Beleuchtung" alleine um 4,5 Prozent — abgezogen und so der „Index" auf eine Steigerung von 1,3 Prozent abgestimmt.

Die Wirtschaftslage im September

Nach den Berichten der preußischen Industrie- und Handelskammern weist die wirtschaftliche Lage im September eine leichte Besserung auf. Diese „Besserung" besteht darin, daß etwas weniger Proletarier aufs Pflaster geworfen wurden als im August. Die in den Vormonaten Hinausgeworfenen lutschen selbstverständlich noch am Hungertuch. An der Ursquelle der Produktion, im Bergbau, wurden in rund 270 Fällen „nur" 325 000 Feierschichten eingelegt, also nur halb so viel als im August. Diese 325 000 Hungertage haben sich die Proletarier in ihrer Gewerkschaftsdisziplin selbst bereitet. Dieselben Proletarier haben im September nämlich pro Arbeitstag rund 18 000 t Kohlen mehr gefördert als im August! Die Förderung stieg von 285 444 t auf 303 397 t.

Auch die oberschlesischen Bergarbeiter förderten im September etwa 1 Million t statt 940 000 im August.

Der Absatz an Kohlen für Industriezwecke ist nicht gestiegen! Nur für Hausbrand und für die Landwirtschaft stieg der Bedarf. Hier haben wir auch sofort die Ursache der wirtschaftlichen „Besserung". Die Landwirtschaft, die arg an Hargeldmangel leidet, hat zur Ernte viel Arbeiter eingestellt, um das Getreide so schnell als möglich hereinzubekommen und zu dreschen. Zum Drusch, der angesichts der steigenden Getreidepreise forciert wird, braucht sie Kohlen.

Im Kali-Bergbau steht die Sache ebenso wie im Kohlenbergbau. Der Absatz war etwas lebhafter, weil die Landwirtschaft Bestellungen macht. Die eigentliche Rohstoff-, d. h. die Eisenindustrie ist noch zurückgegangen. Es sind mehr Betriebseinschränkungen und Stillegungen zu verzeichnen als im August. In der anderen Industrie wie im Großhandel ist eine nennenswerte Verbesserung gegen den August nicht eingetreten. Im Einzelhandel verschärft sich sogar die Krise infolge Herabminderung der proletarischen Kaufkraft zusehends. Die Symptome, wie wir sie auch in der obigen Notiz „Der Index im September" andeuten, d. h., daß die Preise im Großhandel mehr steigen als im Kleinhandel, haben wir in letzter Zeit laufend aufgezeigt.

Die Lage der amerikanischen Textilindustrie.

In der amerikanischen Woll- und Baumwollindustrie herrscht gegenwärtig eine Stille, wie selten vorher. Man zählt über 200 000 Arbeitslose. Der Druck macht sich auch auf anderen Gebieten empfindlich bemerkbar. Die allgemeine Besserung der Lage, die man für dem Herbst erwartet hatte, ist nur in geringem Maße eingetreten, da sich die Wirtschaftslage der Welt nur wenig anders gestaltet hat, als bisher.

Aus der Bewegung

„Is ja doch alles Schwindel"

Wem bezegnet nicht obige Redensart bei seiner Werbearbeit; gleichgültig für welche Auffassung, Sache oder Organisation? Sie ist der beliebteste Schlager, die angenehmste Phrase all derjenigen, die zu faul sind zum denken, Derjenigen, die weder einer Kritik noch positiven Darlegungen sachlich widerstehen oder widersprechen können. Eine solche von tiefster Armseligkeit zeugende Aeußerung wird gewöhnlich begleitet von jener idealen Handbewegung, die von großmütigem Mitleid für den so abgeschlagenen Werbenden spricht. Unser Schlagwortheld fühlt sich als Sieger und Beherrscher der Situation; wo er nicht einmal imstande ist, seine eigene Dämlichkeit zu bezreifen!

Was soll nach der Weisheit solcher tiefgründigen Philosophen nicht alles Schwindel sein? Außer der ganzen Welt „an sich" vor allem „die Politik", die Behauptungen, Reden, Zeitungen und Organisationen. Und wenn dann solche „Enthüller" „mal Zeit haben" und eine gute Havanna genießen, dann — ja dann machen sie in „wirklicher" und „richtiger" Politik als echte Diplomatikus-Kannegießer. Dann geht's bewegt her über die jüngsten Bestrebungen Japans im nördlichen Eismeer und das Interesse Nordamerikas an argentinischem Gefrierfleisch, über die letzte „annehmbare" Rede Stresemanns und das Frühstück Fritz des Ersten zu Ehren des Gesandten der Republik Homulula. Diese Kannegießerei geht dann solange, bis die genügenden Mannen zum „Schafskopf" beisammen sind, oder Zeit ist nach Hause zu gehen.

So ist er, der indifferente Arbeiter; ein leibhaftiger Spießbürger im Proletarier-Gewand. Sachlich treffen wir diese seine Erscheinung überall gleich an. Nur **ihre Ausdrucksform** ist verschieden; gerichtet nach Einkommen- und Lebensverhältnissen.

Mehr denn je — im Kleinen und Großen — müssen wir den einzelnen Arbeiter über Spießbürgertum, Schlag- und Kraftworte hinweghelfen, **zu klassenbewußten kulturellem wie wirtschaftspolitischem Denken veranlassen!**

Warum sind die Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterklasse zu unfruchtbar? Weil sie lediglich um **Oberflächenerscheinungen und Ausdrucksformen** grundsätzlicher Anschauungen ausgetragen werden! Bei ihnen geht es gewöhnlich um Dinge die — bewußt oder unbewußt — aus dem Gesamtrahmen gerissen worden sind und auf diese Art inbezug auf Wesen und Inhalt entsetzlich entstellt wurden.

Die Handlungen der Staatsorganisation, der Parteien und Gewerkschaftsvereine sind aber keineswegs zusammenhangslose Einzelhandlungen oder Meinungen. Sie entspringen der prinzipiellen Grundlage dieser oder jener Organisation. So ist es bei der Regierungspolitik wie bei der KPD., bei der Sozialdemokratie wie bei der Allgemeinen Arbeiter-Union.

Die Henkerarbeit der Sozialdemokraten Noske, Hörsing, Richter und Severing, die streikbrecherische Haltung der Sozialdemokratie in den Eisenbahner- und Elektrizitätsarbeiterstreiks, und der Cuno-Bewegung, die Ablehnung einer weitgehenden Amnestie für revolutionäre Arbeiter durch den früheren sozialdemokratischen Reichsjustizminister Radbruch und die heutige Reichstagsfraktion liegen in der gleichen Linie. Sie entspringen der sozialdemokratischen Theorie: Durch bürgerliche Demokratie und Wiedergesundung des Kapitalismus zur sozialistischen Gesellschaft.

Jener Sozialdemokrat, der zwar diese Theorie anerkennt, aber vor den Konsequenzen ihrer praktischen Durchführung und die bestehen in der Arbeit des Noske, Wels, Ebert, Radbruch und Severing! — zurückschreckt, ist eben **kein Sozialdemokrat**. Er ist „Usepeter". Nachkomme der großen Partei **der** Illchmusik, der Partei des „Wenn und Aber", der USP., unseligen Angedenkens. Er ist — in Poesie — ein schwankes Rohr, das jeder Wind zerknickt.

Die Haltung der KPD. und Moskauer Internationale z. Zt. der Ermordung Rathenaus, ihr Schrei nach Schutz der Republik und Staatsgerichtshof, die Vertretung von Interessen des Kleinbauern- und Kleinbürgertums, die Forderung nach Existenzminimum und 51 prozentiger Sachwerterfassung, die Arbeiterregierungskomödie in Sachsen und Thüringen, ihre Stellung zum Ruhrkrieg und die Sympathie für „unterdrückte Völker", ihre nationalistischen Fanfaren, die Verzötterungen Lenin's und vor all diesen Dingen ihre Betätigung in Parlamenten, in freier wie christlicher Gewerkschaftsbewegung entspringen lediglich ihrem leninistischen Grundsatz „Massenbetrug ist der Hebel zur Massenbewegung". Sie ist eben des Glaubens, die ideologisch und organisatorisch noch so fest verankerte Welt durch eine gute, Massen begeisternde Parole aus dem Sattel zu heben.

Der KPD.-Mann, welcher diese leninistische Theorie anerkennt in Bekämpfung der KAP.-Auffassung von der bewußten Klassenrevolution und Klassendiktatur, hat kein politisches Recht. Trotzky, Brandler, Talheimer oder Ruth Fischers übernationalistische Rede vor nationalistischen Studenten anno 1924 prinzipiell abzulehnen. Entweder ist er Leninist und revolutioniert überall (also auch in freien und christlichen Gewerkschaften!) oder er ist KAP. und hilft mittels der Allgemeinen Arbeiter-Union. Die Revolution zu organisieren, d. h. ihre Voraussetzungen zu schaffen. Was aber zwischen den beiden steht oder liegt; ist Usepeterei und von Uebel!

Der Arbeiter, der aus den Gewerkschaften herausgegangen ist wegen ihrer Noskestützung oder ihrer Befürwortung des Dawes-Planes, der Arbeiter, der die KPD. verlassen hat wegen Talheimers Programmrede oder Brandlers Ministerposten, Schulmanns oder Gewerkschafts-Fischerei und so zur KAP. und Allgem. Arb. Union gekommen ist, hat seine eigene Handlung in ihrem tatsächlichen Wert noch nicht erkannt. Mit ihr hat er — ohne sich dessen bewußt zu sein — gebrochen mit der theoretischen Grundlage der Sozialdemokratie — ihrer Staatstheorie — oder gebrochen mit der theoretischen Grundlage der Moskauer Internationale — „Massenbetrug ist der Hebel zur Massenbewegung!" Ihm diese Erkenntnis zu vermitteln, wird eine unserer wesentlichsten innenorganisatorischen Aufgaben sein. Aber darüber hinaus müssen wir in demselben Sinne unsere Propaganda nach außen führen! Nicht Oberflächenerscheinungen, nicht Auswirkungen politisch-theoretischer Grundsätze dürfen Hauptgegenstand unserer Polemik und Bekämpfung sein, sondern ihr Ausgangspunkt: die theoretischen Grundlagen dieser oder jener Organisation. In diesem Sinne: Erst Klarheit, dann Mehrheit!

Aus den Betrieben

C. P. Goerz, Zehlendorf.

Beschämendes Zeugnis für Proletarier.

„Am Montag, den 29. September, nachmittag um etwa 5 Uhr, erlebten die Arbeiter einen für unsere Zeit typischen Vorfall. Ein Arbeiter, der angetrunken war, wurde unter Mithilfe von drei kräftigen Feuerwehrleuten von dem Herrn Brandmeister Karl Reffke, mit der umgedrehten, sehr stabilen Hundepeitsche, während er am Boden lag, unmenschlich geschlagen.

Kollegen habt acht! Ist das Maß noch nicht voll? Der Betriebsleiter Zinkmann, der dies mit ansah, schritt nicht ein, sondern nickte beifällig mit dem Kopfe. Kollegen, lange wird es nicht mehr dauern, dann müßt Ihr alle 10 und mehr Stunden arbeiten und wenn Ihr dann nicht wollt, dann kommt die Feuerwehr mit der Hundepeitsche. Kollegen, laßt Euch nicht vorreden, daß dies nur ein persönlicher Fall wäre. Es zeigt Euch deutlich, mit welcher Brutalität die Unternehmer und ihre Büttel gegen die Arbeiter vorgehen. **Darum hinein in die Gewerkschaften.** Werdet wieder eine geschlossene Macht. Steht hinter Eurem Betriebsrat und fordert die sofortige Entlassung der beteiligten Personen, vor allen dieses Herrn Reffke. Arbeiterinnen und Arbeiter! Beseht Euch diesen Herrn und habt acht!"

(„Rote Fahne" v. 3. 10.)

Nach diesem Vorfall zu urteilen, hat die Belegschaft von Goerz, die in ihrer Mehrheit bekanntlich aus „qualifizierten" Arbeitern besteht, überhaupt keinen Schimmer von Solidaritätsgefühl in sich. Denn nicht die Handlungsweise der Betriebs-Feuerwehrleute ist das Bezeichnende an dieser Sache, — von diesen gekauften Subjekten ist ja nichts anderes zu erwarten. Beschämend dabei ist vielmehr das Verhalten der Proletarier, die seelenruhig zugesehen haben, wie einer ihrer Klassengenossen mit der Hundepeitsche verprügelt wird. Anstatt mit der ersten besten Eisenstange diesen Feuerwehrlumpen den Schädel einzuschlagen, schreien die Goerz-Arbeiter in ihrer erbärmlichen Feigheit nun „hinein in die Gewerkschaften". Sie wissen also noch nicht, daß dort dieselbe Peitsche in verschleierter Form auf ihren Rücken niedersaust.

Mitteilungen

Achtung! Wirtschaftsbezirke und Ortsgruppen!

Zur Deckung der Unkosten für die Reichskonferenz wird eine Umlage von 1,— Mark erhoben. Dieselbe ist bis spätestens 1. November an uns einzusenden.

Reichsarbeitsausschuß.

An die Berliner Unterbezirke!

Wir weisen darauf hin, daß für Groß-Berlin die Umlage zur Reichskonferenz (1.— Mk.) in der 43. und 44. Woche fällig ist.

Berliner Arbeitsausschuß.

Ausschluß.

Der Mitgliedschaft zur Kenntnis, daß das Mitglied Hugo Derpa wegen Unterschlagung von Organisationsgeldern aus der AAU. ausgeschlossen ist.

Berliner Arbeitsausschuß.

Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg.

Am **Sonntag, den 19. Oktober 1924,** vormittags 9 Uhr, findet in **Berlin,** Grundauer Straße 3, (Lokal) eine

Bezirks-Konferenz.

der Allgemeinen Arbeiter-Union statt. Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Wirtschaftliche und politische Lage.
2. Stellungnahme zur Reichskonferenz.
3. Delegiertenfrage.
4. Verschiedenes.

Wir weisen darauf hin, daß wegen der Wichtigkeit dieser Konferenz unbedingt alle Ortsgruppen und auch die Einzelmitglieder vertreten sein müssen. Arbeitslose und schwache Gruppen erhalten das Fahrgeld ersetzt. Delegierte, die bereits am Sonnabend (18. 10.) eintreffen, haben dieses wegen der Quartiertrage uns rechtzeitig mitzuteilen.

Ortsgruppe Barmen der A. A. U. und K. A. P.!

Am **Sonntag, den 12. Oktober 1924,** vormittags 10 Uhr, findet im Lokal Uttermann, Fischertalerstraße 12, eine

Mitglieder-Versammlung

der Partei und Union statt. Es ist Pflicht aller Genossen, dort zu erscheinen.

Ebenfalls machen wir auf die **ständigen Sitzungen jeden Freitag,** abends 8 Uhr, aufmerksam; dasselbst findet die Ausgabe der Zeitungen und Marken statt.

Der Ortsrat.

Feier zugunsten der politischen Gefangenen

Sonntag, 9. November, abends 7 Uhr.
Berlin C., Stadthalle, Klosterstraße.

Mitwirkende:
Männerchor. Rezitationen. Sprechchor. Musik.

Karten zu 0,50 Mk. bei allen Funktionären der KAP und in der Buchhandlung für Arbeiter Literatur, Berlin O.17, Warschauer Straße 49.

Der Ertrag ist restlos für die VRUK bestimmt!

Klar und unerschrocken für den Gedanken des Kommunismus wirkt die

K·A·Z

Die Kommunistische Arbeiterzeitung erscheint Montags und Donnerstags

Redaktion und Verlag: Gustav Lange, Düsseldorf. Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 5, Nr. 42 1924 **Erscheint wöchentlich** **Preis 0,15 Goldmark**

„Rettungsprogramme" der KPD.

Am 13. Oktober 1924 waren sämtliche parlamentarischen Vertreter der KPD. aus dem Reichstag, dem preußischen, bayerischen, sächsischen, thüringischen, württembergischen und allen übrigen Landesparlamenten sowie 30 Kommunalvertreter zu einer Konferenz zusammengekommen, um Stellung zu nehmen zur politischen Lage und den Aufgaben der Arbeiterklasse. Fleißige Leute, wie es die Diätenempfänger nun einmal sind, haben auch die „kommunistischen" Parlamentarier auf ihrer Berufstagung fruchtbare Arbeit im Interesse ihrer Wählermassen geleistet. Da eine solche Zusammenkunft von schwergeplagten „Volksvertretern" immer manches Interessante zutage fördert, dürfte eine nähere Betrachtung nicht unnütz sein; umsoweniger, da es sich ja hier um die Tätigkeit der „revolutionären" Gattung der Parlamentarier handelt.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß im Mittelpunkt der KPD.-Parlamentarier-Konferenz die elende Lage der Arbeiterschaft und die dagegen zu unternehmenden Schritte standen. Da verkündet der Berichterstatter in der „Roten Fahne" dem staunenden Proletariat erstmal folgende Weisheit:

„Alle parlamentarischen Vertreter waren sich darin einig, daß der gegenwärtige Regierungskurs sowohl im Reich wie in Preußen und in den anderen Ländern ausgesprochen **in der Richtung einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der deutschen Arbeiterklasse geht** und daß die Regierungen im **Interesse des Unternehmertums** im Namen der Ausführung des Dawes-Planes **die Industrie überall bei einer sehr scharfen Belastung der Arbeiterklasse unterstützen."**

„Alle waren sich einig . . . !" Ob es stimmen wird? Wir wollen es annehmen. Aber warum nur Einigkeit über den „gegenwärtigen" Regierungskurs? Bewegten sich nicht vielmehr alle bisherigen Reichs- und Landesregierungen in der angedeuteten Richtung, also auch jene Regierung, unter der ein Heinrich Brandler Ministerialdirektor war? Uns scheint, diese eigentlich für Arbeiter selbstverständliche Einigkeit ist bei den „kommunistischen" Parlamentariern demnach noch ziemlich jungen Datums. Immerhin, die Proletarier sollen diesen „Kurs" ihrer „revolutionären" Volksvertreter nicht unterschätzen!!

Von dieser gewonnenen einigen Auffassung ausgehend, hat dann die Parlamentarierkonferenz für die Arbeiterschaft folgende Maßnahmen aufgestellt, die für eine Regierung, welche die Interessen der Werktätigen „vertreten würde", in Betracht kämen.

1. Kampf gegen jeden Lohnabbau, sofortige 40prozentige Erhöhung des Lohnes und darüber hinaus Bringung auf den Friedensreallohn, gleiche Löhne für Arbeiter und Arbeiterinnen.
2. Verbot jeder weiteren Arbeitszeitverlängerung. Bestrafung jeder Ueberarbeit über acht Stunden, strikte Wiedereinführung des Achtstundentages für Arbeit über Tage, Sechsstundenschicht für Arbeit unter Tage.
3. Verbot jeder neuen Entlassung von Arbeitern, Angestellten, unteren und mittleren Beamten; Wiedereinstellung der abgebauten unteren und mittleren Beamten, sofortige Einziehung aller Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Abschaffung der Zwangsarbeit für Erwerbslose, Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose, Kriegsopfer, Sozial- und Altersrentner auf das Existenzminimum.
4. sofortige Aufhebung des zehnprozentigen Steuerabzuges der Mieststeuer, der Steuern auf Konsumgenossenschaften;
5. sofortige Befreiung der schaffenden Landwirte, Kleinbauern, von jeder Pacht; jedem Kleinbauern soviel Land, wie er mit seiner Familie bewirtschaften kann; völliger Steuererlaß für die Kleinbauern, Beschaffung billiger Düngemittel, Futtermittel, billigen Saatgutes und Gewährung zinsloser langfristiger Kredite unter Kontrolle der Kleinbauern selbst; Befreiung der Kleinbauerngenossenschaften von jeder Besteuerung;
6. sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen der proletarischen Parteien, sofortige Aufhebung des Staatsgerichtshofes.

Was nun die Verwirklichung dieses „revolutionären Rettungsprogrammes", wie es die „Rote Fahne" nennt, anbetrifft, so sind die „kommunistischen" Parlamentarier der Meinung, daß auf parlamentarischem Wege „nichts" zu erreichen ist, sondern nur durch Aktionen „außerhalb" der Parlamente und daß ein solches Programm durch „keinerlei Kombinationen innerhalb der bürgerlichen Parlamente verwirklicht werden können." — Die KPD. dokumentiert hiermit also selbst, daß eine proletarische Betätigung im bürgerlichen Parlament heute das Ueberflüssigste (weil völlig nutzlos) von der Welt ist. Das hindert sie aber nicht daran, durch ferneres Verbleiben im Parlament der Bourgeoisie neue Illusionen bei der Arbeiterschaft zu wecken, die eben „begreifen" muß, daß auch die Einbringung eines Mißtrauensvotums gegen die Marx-Stresemann-Regierung im Reichstage im „Interesse" des Proletariats liegt. Dies und die positive Mitarbeit in den verschiedensten Ausschüssen bleibt nämlich nur noch übrig von der gewaltigen Größe des „revolutionären" Parlamentarismus. —

Doch wie steht es nun aber mit den Möglichkeiten, dieses „Rettungsprogramm" der KPD. durch außerparlamentarische Aktionen durchzusetzen? Das Proletariat muß bei dieser Frage sich vor allem klar darüber sein, daß die Parlamentarierkonferenz der KPD. ihm hier die altbekannten reformistischen illusionären Forderungen als Kampfziele ihres Befreiungskampfes anpreist. Das heißt, die Arbeiterschaft muß die Lehren aus der Vergangenheit ziehen und sie auch praktisch im Klassenkampf verwerten. Die ganzen Jahre über hat sie um genau dieselben Forderungen gekämpft, wie sie in diesem „Rettungsprogramm" enthalten sind. Und ist heute gewillt nicht geringen Kräfteeinsatz auch nur irgend ein Punkt verwirklicht, irgend ein positiver Erfolg erzielt worden? Die Frage stellen heißt sie verneinen. Im Gegenteil, all dieser Kampf um solche Teilziele war nicht nur negativ, er konnte noch nicht mal die weitere Herabdrückung der proletarischen Lebensverhältnisse aufhalten. Daran aber ist nicht schuld irgendwelcher „Verrat" oder „Uneinigkeit", sondern der Krisenzustand, in dem sich die kapitalistische Gesellschaft befindet. An der Tatsache nämlich, daß die unfähige Bourgeoisie nur noch durch die zwangsläufig sich steigernde Versklavung der ausgebeuteten Massen ihre wankende Herrschaft aufrecht erhalten kann, ist bis jetzt und wird auch in Zukunft alle Verwirklichung reformistischer Forderungen scheitern.

Das Proletariat muß eben erkennen, daß es heute eine Unmöglichkeit ist, einen Kampf um einen Haufen von schönen Forderungen siegreich aufzunehmen, ohne die Axt an die Wurzel des Kapitalismus zu legen. Der proletarische Befreiungskampf kann nur dann zum endgültigen Siege führen, wenn er nicht eine Jagd nach Illusionen, sondern ein Machtkampf ist zum gewaltsamen Sturze des bürgerlichen Profitsystems als die Wurzel aller Ausbeutung. Nur für dieses ihr Klassenziel hat die Arbeiterschaft heute ihre Klassenkräfte einzusetzen, wenn sie nicht von vornherein blind in sinnlose Niederlagen hineintaumeln will.

Das „revolutionäre Rettungsprogramm" der KPD. kann deshalb keine Grundlage des proletarischen Klassenkampfes sein; es ist vielmehr seinem illusionär-reformistischen Charakter nach ein Rettungsanker der Bourgeoisie. Die Arbeiterschaft muß endlich aus dem reformistischen Sumpf heraus oder sie wird trotz ihrer „Rettungsprogramme" vom Sturme des kapitalistischen Zusammenbruchs immer weiter in kapitalistische Barbarei gepeitscht werden.

„Vertraulicher Klassenkampf"

Dortmund, 11. Oktober. Zu den am Montag im Ruhrbergbau begonnenen Verhandlungen zwischen Regierungsvertretern einerseits und den Bergbauindustriellen, sowie Vertretern der Gewerkschaften andererseits, wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß Vertreter des Arbeits-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Handelsministeriums an den Verhandlungen teilnehmen werden. Das persönliche Erscheinen des Reichswirtschaftsministers wurde in Aussicht gestellt.

Die Verhandlungen sind vertraulicher Art (!). Wie bereits gemeldet, wird der gesamte Fragenkomplex außerollt werden.

Wie schamlos muß demnach wohl der Verrat der proletarischen Klasseninteressen durch diese Arbeitsgemeinschaft mit dem Zechenkapital sein, wenn die Angst der Bergarbeiterführer vor einer vorzeitigen Bekanntgabe ihres Kuhhandels so groß ist. Die Grubenproleten aber, die durch solch „vertraulichen Klassenkampf" in neue Fesseln geschlagen werden sollen, haben die Pflicht, in ihrem eigenen Interesse aus dieser Umklammerung ihrer „Bewährten" sich zu befreien und als selbständige Klasse aufzumarschieren.

Judentum und Antisemitismus

II.

(Schluß.)

Im ersten Abschnitt unserer Abhandlung haben wir aufgezeigt daß:

1. die Juden durch eine jahrhunderte währende Tradition auf das Gebiet des Handels, also in die Kaufmannschaft gepreßt wurden, und daß

2. die Christen sie auf diese Bahn zwangen und sie zwangsläufig darin erhielten.

Die Eigenschaften, die also als typisch „jüdische" den Juden zum Vorwurf gemacht werden, sind diesen von den Vorfahren der heutigen Judenegner in eingem langen Geschichtsprozeß aufgezwungen. Die Einseitigkeit des Erwerbes liegt also klar auf der Hand. Als später die Juden zum Studium und zu akademischen — zu den sog. „freien Berufen" (Rechtsanwälte, Aerzte, Schriftsteller etc.) zugelassen wurden, war es klar, daß in den ersten Generationen der traditionell und zwangsmäßig anerzogene kaufmännische Erwerbssinn vorherrschte. In den Ländern, wo den Juden die Betätigung in den gewerblichen Berufen schon seit Generationen möglich war, gibt es auch seit langer Zeit jüdische Arbeiter. In Rußland, in den Balkanstaaten, in Ungarn und den slawischen Staaten des vorkriegszeitlichen Oesterreich gibt es seit Generationen eine große Anzahl jüdischer Handwerksmeister und -Gesellen. In dem Rußland der Vorkriegszeit gab es eine nach zehntausenden zählende, sehr hochqualifizierte Arbeiterschicht, deren übergroße Mehrzahl sich aus dem Judentum rekrutierte. In den übrigen oben genannten Ländern waren unter den Bäckern, Schneidern, Schuhmachern und einer Anzahl minder stark vorhandenen Gewerben die Juden z. T. sogar in der Mehrheit. In der Metall verarbeitenden Industrie dieser Länder stellten die jüdischen Arbeiter einen sehr viel größeren Kontingent dar, als es ihrer Gesamtstärke entsprach. In Deutschland, hauptsächlich in den Ostprovinzen, war ebenfalls schon Jahrzehnte vor dem Kriege das Handwerk sehr stark von jüdischen Handwerkern durchsetzt. In ganzen Landstrichen, hauptsächlich in den kleinen Provinzstädten, waren die Juden unter den Schuhmachern, Schneidern, Bäckern, Fleischern etc. in der Mehrzahl. Während das jüdische Proletariat in den zuerst genannten Ländern auch schon ziemlich stark in der Industrie und im Baugewerbe vertreten ist, trifft dies in Deutschland allerdings nur sehr wenig zu.

Ganz minimal — wie schon eingangs erwähnt — sind die Juden in der Landwirtschaft vertreten. Die geschichtlichen Ursachen haben wir in der vorigen Abhandlung aufgezeigt.

In Rußland war den Juden bis zum Sturz des Zarismus der Landerwerb verboten. Ebenso in Rumänien und einigen anderen Balkanstaaten. In Ungarn, Galizien u. a. Kronstaaten der Donaumonarchie, gab es schon Jahrzehnte vor dem Kriege mehrere hundert jüdische Bauern und eine entsprechende Anzahl jüdischer Landarbeiter. In Deutschland haben — von verschwindend wenigen Ausnahmen abgesehen — erst nach dem Kriege vielleicht ein Dutzend jüdischer Kapitalisten größere Güter erworben. In der Bauernschaft waren die Juden nur in Hessen und Hessen-Nassau vielleicht zu einigen Dutzenden vertreten. Jüdischen Landarbeitern ist das Aufkommen in der ziemlich stark antisemitisch verpesteten Landbevölkerung in Deutschland wohl kaum möglich.

Einen Abschnitt für sich bildet die zionistische (eine jüdische Reform) Bewegung. (Ueber diese kann vielleicht später in einer besonderen Abhandlung gesprochen werden.) „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina" („Baseler Programm"). Neben zwei oder drei Gärtnerlehranstalten gibt es in Deutschland etwa ein Dutzend jüdische (zionistische) Siedlungen, die sich mit der Ausbildung von Landwirtschaftslehrlingen befassen, die sich für die Kolonisation Palästinas vorbereiten. Diese Bewegung, die in der Nachkriegszeit ziemlich stark wächst, hat bisher etwa einige hundert Gärtner und Landwirtschaftspraktikanten hervorgebracht. (Daneben umfaßt sie einige hundert gelernte industrielle Spezialarbeiter). Da das „deutsche" Judentum dieser Bewegung schroff ablehnend gegenübersteht, krankt sie an Beitrebsmitteln, wir wenigstens in Deutschland — an dem geeigneten, genügend geistig hochstehenden Menschenmaterial".

Die Argumente der Antisemiten gegen die Juden zerfallen also wie Wasser. Wem man dem Antisemitismus ebenfalls geschichtliches Werden zugute halten will, so kann dafür höchstens die beim Spießertum zur Tradition gewordene Dummheit als Entschuldigungsgrund herangezogen werden. Bei der kleinen Schicht der Antisemiten, bei den treibenden Elementen, ist es aber neben der Borniertheit die Demagogie, die sich die Dummheit der Masse als gute Erwerbsgelegenheit zunutze macht. Die niedrigen und nationalistischen Instinkte der Verblödeten sind der Nährboden des Antisemitismus. Außer dem längst verstorbenen Wiener Oberbürgermeister Lueger, hat die antisemitische Bewegung wohl kaum je einen anständigen Kerl zu ihren führenden Köpfen gezählt. Eine ganze Anzahl antisemitischer Führer endeten im Zuchthaus oder machten Bekanntschaft mit ihm, wegen Vergehen, die sie dem Judentum vorwarfen oder andichteten. U. a. sogar der Parlamentarier Hammerstein, s. Zt. das geistige Oberhaupt des Antisemitismus. Der Hofprediger Stöcker hatte sich den offiziellen Namen „Der Meineidspfaffe" erworben, weil ihm einwandfrei Meineide nachgewiesen wurden, ohne allerdings dafür bestraft zu sein. Einige Redakteure der antisemitischen „Wahrheit" kamen ins Zuchthaus wegen Erpressung und ihr Verleger Bruhn streifte es nur deshalb mit dem Aermel, weil er die Schuld auf seine Schreibkulis abzuwälzen verstand. Auch Redakteure der „Staatsbürger-Zeitung" waren im Zucht-